NR. 284 24.10.2014

russland-analysen

http://www.laender-analysen.de/russland/

DIE DEUTSCHE RUSSLAND-POLITIK ZIVILGESELLSCHAFT IN RUSSLAND

- ANALYSE
  Eine neue Phase der Russland- und Ostpolitik hat begonnen 2
  Karsten D. Voigt, Berlin
- UMFRAGE
  Die Russland-Ukraine-Krise in russischen Umfragen 5
- AUS RUSSISCHEN BLOGS
  Nawalnyj: Krim nasch! 11
- ANALYSE
  Zivilgesellschaft und Staat in Russland 14
  Pavel Chikov, Moskau
- ANALYSE
  NGOs in Russland 16
  Jens Siegert, Moskau
- ANALYSE
  Ein Kaleidoskop des zivilgesellschaftlichen Engagements zur Unterstützung und Integration von Migranten in Russland 19
  Marina Grinfeld, Michael Bellmann, Christina Huthmann und Kristina Arisov, Berlin
- UMFRAGE
  Über die Zivilgesellschaft in Russland 22
- DOKUMENTATION
  Lügen des Fernsehkanals NTV und Beanstandungen des Justizministeriums Erklärung des Menschenrechtszentrums MEMORIAL und der Russischen Gesellschaft MEMORIAL 27
- NOTIZEN AUS MOSKAU
  Petersburger Dialog 28
  Jens Siegert, Moskau
- DOKUMENTATION
  Briefwechsel über die Zukunft des »Petersburger Dialogs« 30
- CHRONIK
  9. – 23. Oktober 2014 37

Freie Universität Berlin
Osteuropa-Institut

DGO ► Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

► Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung

Die Russland-Analysen werden unterstützt von

MANGOLD Consulting

ANALYSE

Eine neue Phase der Russland- und Ostpolitik hat begonnen

Karsten D. Voigt, Berlin

Zusammenfassung

Die deutsche Russland- und Ostpolitik war nach dem Ende des Kalten Krieges von einem Nebeneinander von Integration und Kooperation geprägt: Integration in die EU und NATO dort, wo gewünscht und möglich, Kooperation dort, wo keine Integration möglich oder gewünscht war. Langfristiges Ziel war eine europäische Friedensordnung unter Einbeziehung Russlands. Auch wenn dieses Ziel nicht aufgegeben wird, ist es jetzt aufgrund des russischen Verhaltens während der Ukraine-Krise weit in den Hintergrund gerückt. In der jetzt beginnenden neuen Phase geht es um ein Nebeneinander von Kooperation und Konflikt nach dem Motto »Zusammenarbeit, wo möglich, Risikovorsorge und Gefahrenabwehr, wo nötig«.

Langfristiges Ziel sollte nach wie vor eine gesamteuropäische Friedensordnung unter Einbindung Russlands bleiben. Allerdings haben sich mit den autoritären Entwicklungen in der russischen Innenpolitik, der Abwendung der russischen Führung von Europa, der Annexion der Krim und dem kriegsähnlichen Konflikt in der Ostukraine die Rahmenbedingungen für diese Politik geändert. Wir stehen daher am Beginn einer neuen Phase der deutschen Ost- und Russlandpolitik.

Die gesamteuropäische Friedensordnung in der Zeit der Blockkonfrontation

Die wesentlich von Willy Brandt und Egon Bahr geprägte entspannungspolitische Phase der Ostpolitik hatte den Macht- und Systemkonflikt zwischen Ost und West als Hintergrund. Der Machtkonflikt wurde durch zahlreiche Vereinbarungen eingehegt, seine Folgen durch die Vereinbarung menschlicher Erleichterungen abgemildert. Der Systemkonflikt wurde nicht geleugnet. Im Gegenteil: Parallel zum Beginn der Entspannungspolitik wurden innerhalb der DDR die Abgrenzung gegenüber dem »Sozialdemokratismus« und innerhalb der Bundesrepublik Deutschland mit dem Radikalenerlass die Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus betont.

Mit dem KSZE-Prozess trat ein neues Element hinzu: In der KSZE-Schlussakte von 1975 ging es nicht nur um die gemeinsame Definition der Prinzipien einer kooperativen Sicherheit in Europa, sondern auch um die Achtung der Menschenrechte und der Informationsfreiheit. Diese gemeinsamen Prinzipien wurden in Ost und West unterschiedlich interpretiert und praktiziert. Ihrem Wesen nach aber gefährdeten die in der KSZE-Schlussakte definierten Menschen- und Freiheitsrechte die ideologischen Grundlagen der kommunistischen Systeme. Aus diesem Grunde brauchte die Schlussakte auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht ersetzt, sondern nur durch zusätzliche Vereinbarungen wie die Charta von Paris ergänzt zu werden.

Die Entspannungspolitik der 1970er und 1980er Jahre hat den Macht- und Systemkonflikt zwischen Ost und West nicht beendet. Das änderte sich mit Gorbatschow und Jelzin. Gorbatschows Ziel war eine grundlegende Reform des sowjetischen Systems. Jelzin wollte das sowjetische System beenden und eine kapitalistische Ordnung einführen. Die russische Führung unter Jelzin strebte nach einer »Verwestlichung« Russlands. Durch diese Politik wurde dem Systemkonflikt zwischen Ost und West, der die Geschichte der Sowjetunion seit ihrer Gründung geprägt hatte, die Grundlage entzogen. Ziel der ausgehenden Sowjetunion und später Russlands waren jetzt gemeinsame rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien aller europäischen Staaten. Symbol für diese neue russische Politik war der Beitritt Russlands zum Europarat im Jahre 1996 und die Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention im Jahre 1998. Durch den Beitritt Russlands und anderer früherer Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes wurden aus ursprünglich auf Westeuropa beschränkten Institutionen und Normen wichtige Instrumente der gesamteuropäischen Werte- und Rechtsgemeinschaft.

Mit dem Fall der Mauer und dem Abzug der sowjetischen/russischen Truppen aus Osteuropa wurden auch dem Machtkonflikt mit der Sowjetunion – und später Russland – die Grundlage entzogen. Russland akzeptierte Vereinbarungen über die konventionelle Abrüstung und die militärische Vertrauensbildung und das außen- und sicherheitspolitische Selbstbestimmungsrecht aller Staaten. Derartige Vereinbarungen wären während des Kalten Krieges undenkbar gewesen. Mit dem erfolgreichen Ende der Entspannungspolitik schien eine Periode der großen Schritte in Richtung auf eine gesamteuropäische Friedensordnung unter Einbindung Russlands zu beginnen. Die Rahmenbedingungen für die deutsche Ost- und Russlandpolitik veränderten sich in eine grundlegend positive Richtung.

Russland und die Osterweiterung von EU und NATO

Diese neue Phase der Ostpolitik war von einem Nebeneinander von Integration und Kooperation geprägt: Inte-

gration dort, wo gewünscht und möglich, Kooperation dort, wo keine Integration möglich oder gewünscht war. Die baltischen Staaten, die Staaten Ostmittel-Europas und Südosteuropas wurden zum ersten Male in ihrer Geschichte zu einer Zone der sicherheitspolitischen und – mit Einschränkungen – auch der demokratischen Stabilität. Die gemeinsame Integration in europäische und transatlantische Institutionen verband jetzt die östlichen und westlichen Nachbarn Deutschlands. Ein Teil der Ostpolitik gestaltete sich nun institutionell, wirtschaftlich und politisch wie die frühere Westpolitik.

Die Ost-Erweiterung der EU und der NATO ließen eine neue gesamteuropäische Realität entstehen. Die Ziele der deutschen Politik aber reichten weiter: Sie wollten Russland über seine Mitgliedschaft im Europarat und der OSZE hinaus möglichst eng mit den übrigen Staaten und Institutionen Europas verbinden. Diese Politik schien anfangs mit den Zielen der russischen Politik überein zu stimmen.

Anfangs wurde die Ost-Erweiterung der EU von Russland durchaus positiv gesehen, insbesondere, da sie durch Kooperationsverträge zwischen der EU und Russland ergänzt werden sollte. Der Widerstand Russlands gegen die Assoziationsverträge der EU mit der Ukraine, Moldawien und Georgien sind erst neueren Datums. Anfangs hatte Russland selbst nach ähnlichen Verträgen mit der EU gestrebt. Dies deckte sich mit den Absichten der EU.

Die Ost-Erweiterung der NATO dagegen wurde von Russland von Anfang an negativ bewertet. Trotzdem gelang es, die negativen Wirkungen der Ost-Erweiterung auf das Verhältnis der NATO zu Russland 1997 durch die »Grundakte über die gegenseitigen Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit« und 2002 durch die Schaffung des NATO-Russland-Rates zu begrenzen. Der Inhalt dieser Vereinbarungen berücksichtigte russische Interessen, entsprach aber in entscheidenden Punkten nicht den russischen Wünschen, nämlich denen nach einer gleichberechtigten Mitsprache innerhalb der NATO bis hin zu einem faktischen Vetorecht bei deren Entscheidungen.

Die Mitglieder der NATO und EU waren auch nicht bereit, Russland eine Einflusssphäre im postsowjetischen Raum zu garantieren. Dies konnten sie auch nicht tun, ohne das außen- und innenpolitische Recht auf Souveränität und Selbstbestimmung eines jeden einzelnen europäischen Staates zu missachten. Erst recht wollten die USA und größere europäische Staaten nicht – wie im 19. und 20. Jahrhundert – in einem »Konzert der Mächte« über die Köpfe kleinerer Staaten hinweg Vereinbarungen über deren außenpolitische Orientierung, deren Sicherheit oder sogar über deren Grenzen treffen. Eine Politik eines »Konzerts der Mächte« hätte die in Europa gültigen Prinzipien und Verträge verletzt. Sie würde die Grundlagen der Zusammenarbeit prinzipiell gleichberechtigter Staaten innerhalb der EU und NATO infrage stellen.

Die Mitgliedsstaaten der EU strebten eine enge Zusammenarbeit mit Russland an, jedoch nicht zu Lasten der östlichen und südöstlichen Staaten Europas. Wenn die EU sich der Zusammenarbeit mit Russland wegen über die Interessen der kleineren osteuropäischen und südosteuropäischen Staaten hinweg gesetzt hätte, würde in diesem Teil des Kontinents erneut Unsicherheit und Misstrauen herrschen. Sorgen vor einem neuen »Jalta« könnten um sich greifen. Russland ist das wichtigste Land östlich der Grenzen von EU und NATO. Aber deutsche Ostpolitik ist – anders als zu Zeiten Bismarcks und zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes – nicht immer vorrangig und erst recht nicht ausschließlich Russlandpolitik.

Während der Zeit des Kalten Krieges und in den Jahrzehnten der Entspannungspolitik musste die Ostpolitik EU häufig zuerst nach Moskau blicken, wenn Verträge mit Warschau, Prag oder Budapest angestrebt wurden. Heute sitzen die Staaten Mittelost- und Südosteuropas mit am Tisch der EU und der NATO, wenn dort über Russlandpolitik beraten wird. Dass die Rahmenbedingungen für die deutsche und europäische Ostpolitik sich seit Anfang der 1990er Jahre grundlegend verändert haben, haben Viele in Moskau und Manche in Brüssel noch nicht begriffen.

Defizite russischer Westpolitik

Russlands Politik gegenüber seinen westlichen Nachbarn wird heute positiv wie negativ durch eine Fixierung auf die USA geprägt. Russland strebt heute eine Rolle als gleichberechtigter und gleichmächtiger Machtpol neben den USA an und weiß zugleich, dass eine derartige Rolle als Weltmacht seine eigenen politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten bei weitem übersteigt. Russland hat es nicht vermocht, nach dem Kalten Krieg zu seinen kleineren westlichen Nachbarn ein wechselseitiges Vertrauen und ein kooperatives Verhältnis aufzubauen. In diesem Defizit sehe ich die wichtigste außenpolitische Ursache für die zunehmende Entfremdung zwischen Russland und den Mitgliedern der EU und der NATO. Russland seinerseits sieht in der Politik der USA die wichtigste Ursache für die negativen internationalen Entwicklungen der letzten Jahre.

Ich leugne die außenpolitischen Ursachen der zunehmenden Entfremdung zu Russland nicht. Mir scheinen aber die Entwicklungen in der russischen Innenpolitik mindestens ebenso bedeutend, wenn nicht sogar bedeutsamer zu sein. Mit seiner zunehmend autoritären Entwicklung, dem Rückgriff auf Symbole und Politik der Zaren-Zeit und der nachlassenden Bereitschaft, die sowjetische Periode kritisch aufzuarbeiten, entfremdet sich Russland immer mehr von den demokratischen Staaten Europas. Mit seiner Berufung auf »eurasische« und »traditionelle« Werte entfernt sich die russische Führung von den gemeinsamen europäischen Werten.

Der Rückgriff auf vor-demokratische Werte und die Kritik an der EU finden den Beifall der europäischen Rechten, wie der UKIP in Großbritannien, dem »Front National« in Frankreich, der »Lega Nord« in Italien, der »Jobbik« in Ungarn, der AfD in Deutschland, jedoch auch von großen Teilen der Partei »Die Linke« in Deutschland. Gleichzeitig nimmt die Kritik an der russischen Politik in der demokratischen Linken Europas zu. Die Ursache hierfür sind Russlands schwere Verstöße gegen europäische Vereinbarungen und internationales Recht:

Mit dem Einsatz der Energieversorgung als politisches Druckmittel untergräbt Russland das Vertrauen, das seit Anfang der 1970er Jahre eine wichtige Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Russland und Westeuropa gebildet hatte. Die Annexion der Krim missachtet die in der KSZE-Schlussakte von 1975 vereinbarten Grundsätze der Unverletzlichkeit der Grenzen und der friedlichen Lösung von Konflikten. Die Annexion der Krim verstößt außerdem gegen einen bilateralen Vertrag, in dem Russland die Grenzen der Ukraine anerkannt hat. Und schlimmer noch: Sie verstößt gegen den auch von Frankreich, Großbritannien und den USA unterschriebenen Vertrag, mit dem die Ukraine auf Nuklearwaffen verzichtet. Sie untergräbt damit den Vertrag gegen die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen.

Doch damit nicht genug: Erklärtes Ziel russischer Politik ist es – auch über die Krim und die Ostukraine hinaus – Russen und russischsprachige Bürger in anderen Staaten zu »schützen«. Meiner Ansicht nach hat es auf der Krim und in der Ostukraine keine Diskriminierung russischsprachiger Bürger gegeben. Wenn es der russischen Führung wirklich darum gegangen wäre, eine angebliche Diskriminierung russischsprachiger Bürger zu beheben, dann hätte sie sich in Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung darum bemühen können, diese zu beseitigen. Das hat Moskau nicht versucht. Und das verstärkt bei den Nachbarn Russlands die Befürchtung, dass es der Führung Russlands nicht wirklich um den Schutz von »russischen Minderheiten« geht, sondern dass diese als Instrument russischer Machtpolitik dienen sollen. Dies bedeutet nicht notwendigerweise, dass Russland militärische Mittel anwendet, um den Schutz »russischer Minderheiten« zu gewährleisten (wobei in der Ukraine sich die meisten russisch-sprachigen Bürger als Ukrainer empfinden). Aber die Anwendung militärischer Mittel wird auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen.

Russlandpolitik in einer Zeit des Vertrauensverlustes

Aufgrund der Zielsetzungen russischer Politik und aufgrund der Erfahrungen mit der Praxis russischer Politik gegenüber der Krim und der Ostukraine fühlen sich – verständlicherweise – mehrere Nachbarstaaten bedroht. Russlands Verhalten gegenüber der Ukraine – und vorher schon bei den Konflikten in Georgien und Transnistrien – begründen Zweifel, ob es den Status quo seiner Außengrenzen akzeptiert. Viele Nachbarn Russlands nehmen es heute als revisionistische Macht wahr. Alle Mitglieder der EU und der NATO müssen sich angesichts dieser Gefahren auf die Solidarität ihrer Partner und Verbündeten verlassen können.

Das Vertrauen in die russische Politik ist schwer erschüttert worden. Eine überwiegend positive Phase der Russlandpolitik geht zu Ende. Es steht uns kein neuer Kalter Krieg bevor. Aber es wird eine längere Zeit brauchen, ehe sich neues Vertrauen entwickeln kann. Grundvoraussetzung hierfür ist eine Änderung der Politik der russischen Führung. Unser Verhältnis zu Russland wird auf absehbare Zeit nicht mehr von dem Grundsatz »Zusammenarbeit, wo möglich« beherrscht werden. Stattdessen wird es wohl in Zukunft heißen müssen: »Zusammenarbeit, wo möglich und sinnvoll, Risikovorsorge und Gefahrenabwehr soweit, wie nötig«. Dieses spannungsreiche Nebeneinander einer auf Kooperation und einer auf Risikovorsorge und Gefahrenabwehr angelegten Politik stellt einen Rückschritt gegenüber den letzten Jahren und Jahrzehnten dar.

Die Einsicht, dass eine europäische Friedensordnung erst dann dauerhaft stabil ist, wenn Russland Teil dieser Ordnung ist, bleibt richtig. Wenn Russland in wichtigen Punkten gegen die vereinbarten Normen einer europäischen Friedensordnung verstößt, so ist dies kein Grund diese Prinzipien preiszugeben. Im Gegenteil. Es geht darum, Russland zu einer Rückkehr zu diesen Prinzipien und Normen zu bewegen, damit es gleichberechtigter Teil einer europäischen Friedensordnung werden kann.

Wir sollten uns weiterhin um einen regen Dialog mit der russischen Führung und der russischen Gesellschaft bemühen. Sich um ein Verständnis der russischen Politik zu bemühen, bedeutet nicht unbedingt mit ihr einverstanden zu sein. Im Gegenteil. Gerade während einer Krise ist die intensive Kommunikation eine unverzichtbare Voraussetzung für die friedliche Beilegung von Konflikten. Die Bereitschaft, weiterhin mit Russland zusammenzuarbeiten, wo dies möglich und sinnvoll ist, ist Ausdruck unseres Realismus: Russland bleibt trotz seiner gegenwärtigen Politik das wichtigste Land östlich der Grenzen der EU und der NATO.

Anders als in den vergangenen Jahren werden wir wohl bedauerlicherweise davon ausgehen müssen, dass die EU und NATO dort Vorsorge treffen müssen, wo die Politik der russischen Führung Risiken und Gefahren für die Nachbarn Russlands, für die Mitgliedsstaaten der EU oder für die NATO und für die europäische Sicherheit insgesamt beinhaltet. Die veränderte Lage macht das Bemühen um eine friedliche Beilegung von Konflikten

wie im Falle der Ostukraine, Georgiens, Moldawiens und Armeniens, sowie das Drängen auf Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung noch wichtiger. Beim Problem des iranischen Atomprogramms, beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus, in Bezug auf Afghanistan war Russland ein Partner. Es war an der Lösung von Konflikten beteiligt. Derartige Felder der Zusammenarbeit sollten erhalten und – soweit möglich und sinnvoll – ausgebaut werden. Bei anderen Konflikten, wie beim Bemühen um eine Stabilisierung der Wirtschaft und Demokratie in der Ukraine, wird Russland in der nahen Zukunft bedauerlicherweise wohl eher Widerpart als Partner bleiben. Trotzdem sollten wir uns in Absprache und gemeinsam mit der Regierung in Kiew um konfliktmindernde Absprachen und Vereinbarungen bemühen.

Es steht uns kein neuer Kalter Krieg mit Russland bevor, wohl aber eine Zeit der begrenzten Kooperation und des begrenzten Konfliktes. Aufgabe Deutschlands ist es, in dieser neuen Phase der Ostpolitik Meinungs- und Interessengegensätze realistisch zu analysieren, gleichzeitig aber auf der Grundlage der eigenen Werte und Prinzipien kooperative Politikansätze zu fördern und Konflikte einer friedlichen Lösung zuzuführen. Vielleicht kann auf diese Weise – wenn wahrscheinlich wohl erst nach längerer Zeit – wieder die Chance für eine positivere Phase der Russland- und Ostpolitik eröffnet werden.

Über den Autor

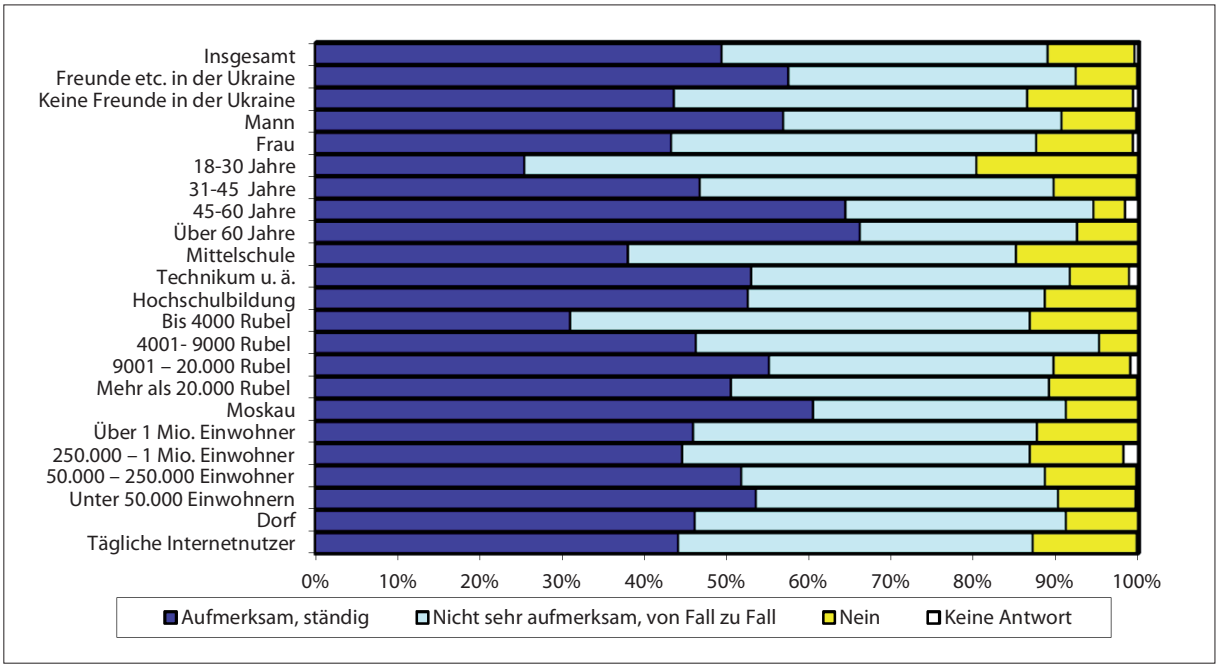
Karsten D. Voigt war von 1976 bis 1998 Mitglied des Bundestags, seit 1983 als außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und bis 1998 Vorsitzender der deutsch-russischen Parlamentariergruppe. Von 1999 bis 2010 war er Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit. Karten Voigt ist Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

UMFRAGE

Die Russland-Ukraine-Krise in russischen Umfragen

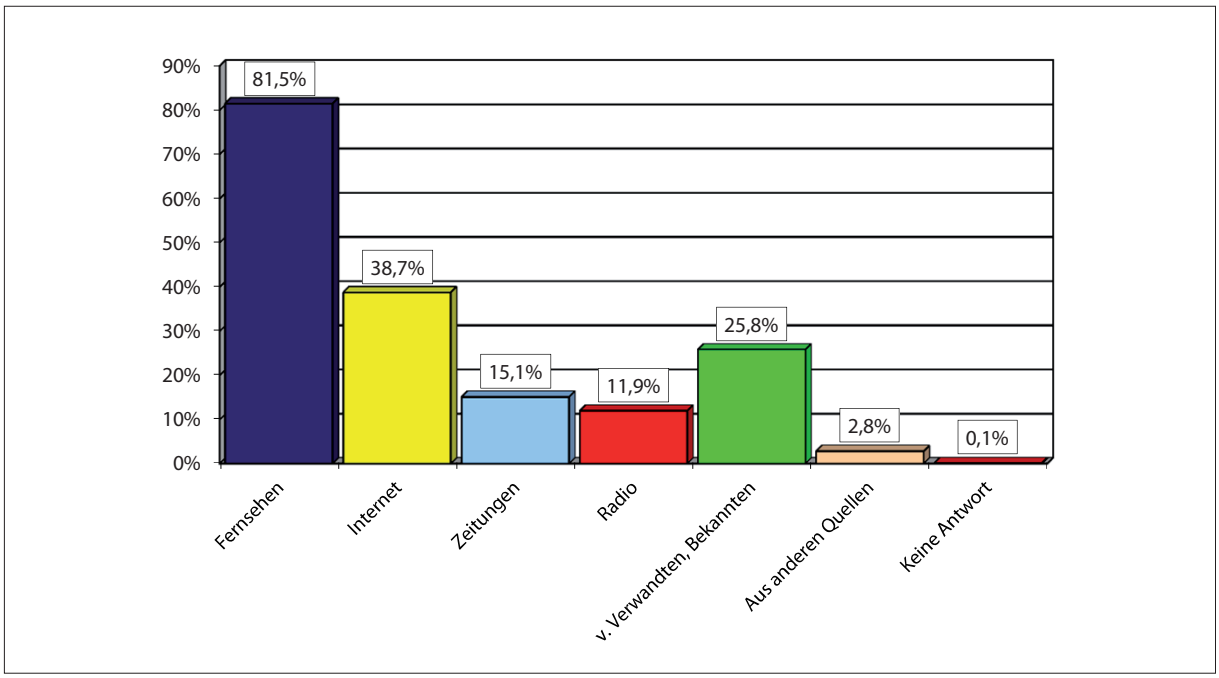
Zum Waffenstillstand in der Ukraine. Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM)

Grafik 1: Verfolgen Sie die Ereignisse in der Ukraine?



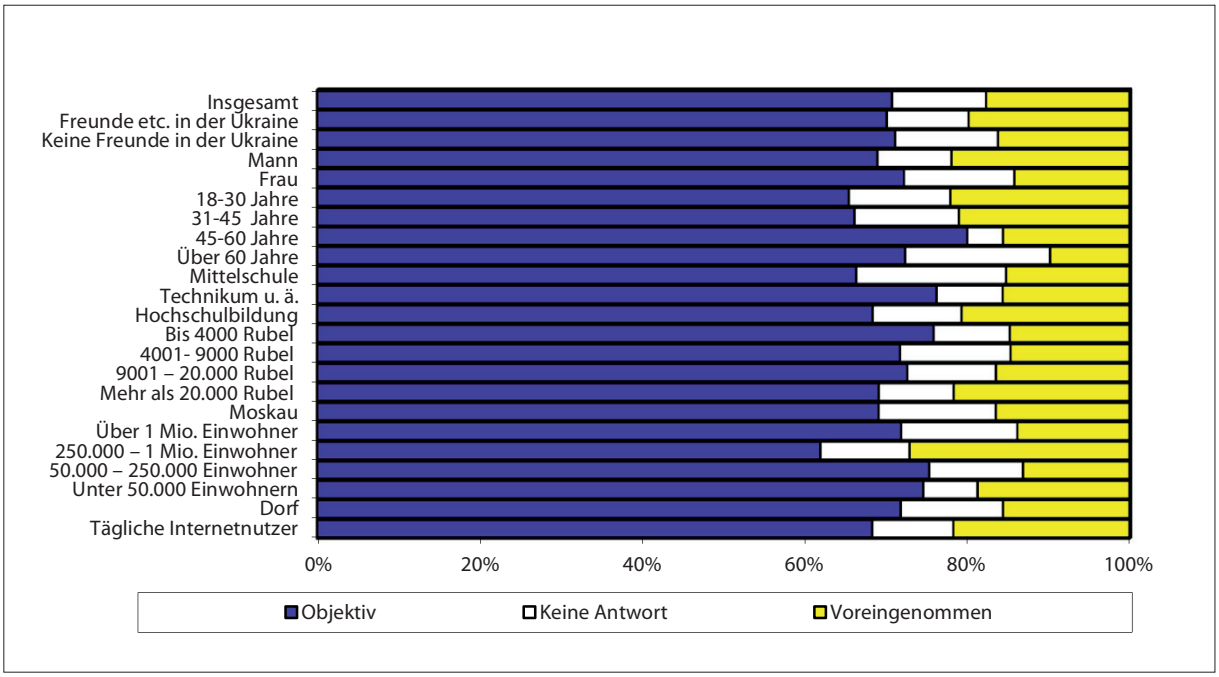
Quelle: Umfragen der »Stiftung öffentliche Meinung« vom 13.–14. September 2014, N = 1000. Veröffentlicht am 22. September 2014 unter: <http://fom.ru/Mir/11731>

Grafik 2: Aus welchen Informationsquellen erfahren Sie von den Ereignissen in der Ukraine? (Frage an jene, die die Ereignisse in der Ukraine verfolgen – 89 %. Beliebige Zahl an Antworten)



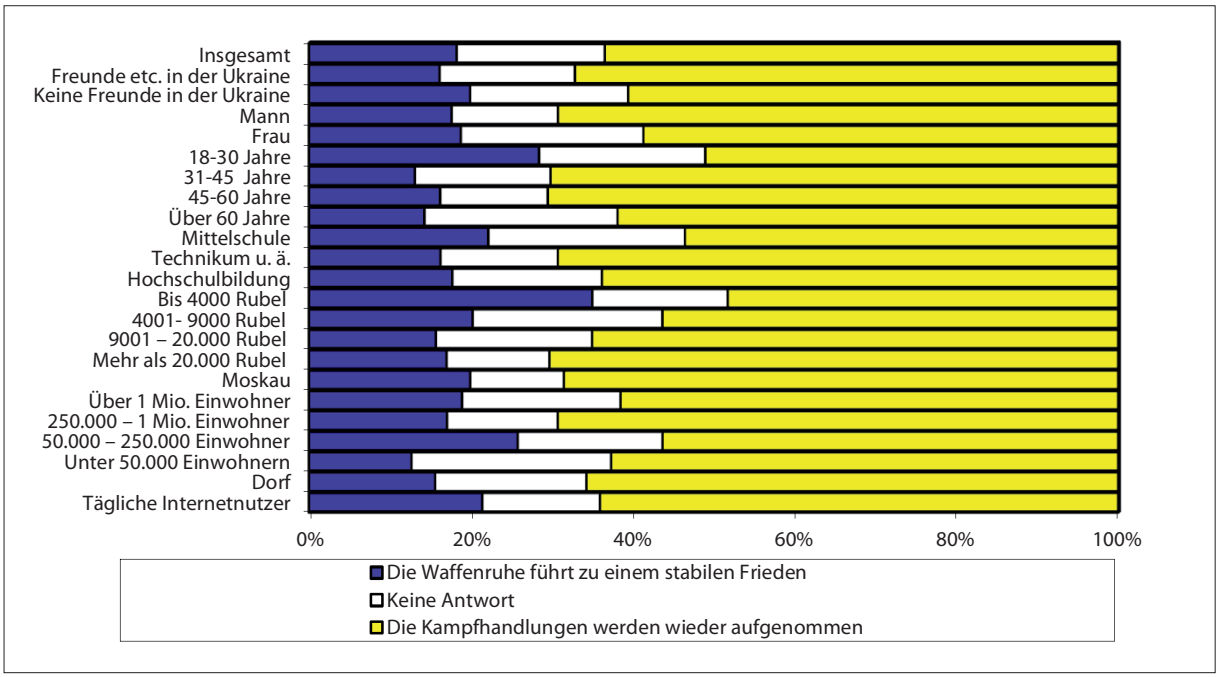
Quelle: Umfragen der »Stiftung öffentliche Meinung« vom 13.–14. September 2014, N = 1000. Veröffentlicht am 22. September 2014 unter: <http://fom.ru/Mir/11731>

Grafik 3: Berichten die russischen Fernsehsender Ihrer Meinung nach objektiv über die Ereignisse in der Ukraine?



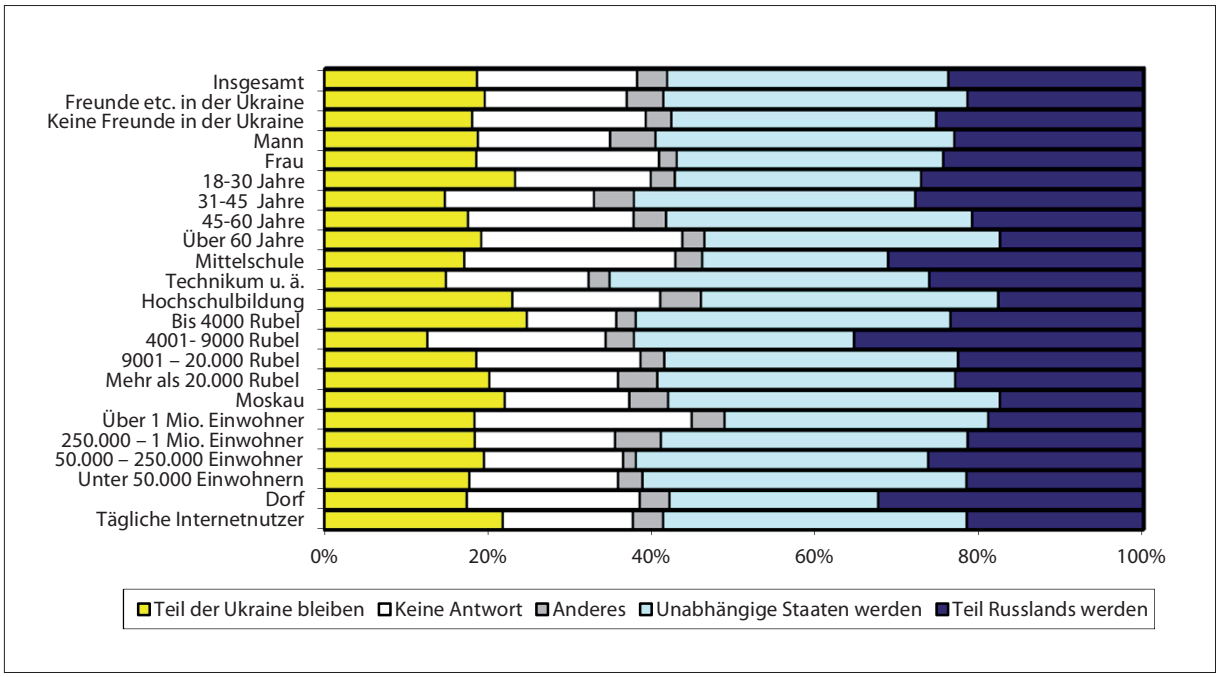
Quelle: Umfragen der »Stiftung öffentliche Meinung« vom 13.–14. September 2014, N = 1000. Veröffentlicht am 22. September 2014 unter: <http://fom.ru/Mir/11731>

Grafik 4: Wird die Waffenruhe zu einem stabilen Frieden führen?



Quelle: Umfragen der »Stiftung öffentliche Meinung« vom 13.–14. September 2014, N = 1000. Veröffentlicht am 22. September 2014 unter: <http://fom.ru/Mir/11731>

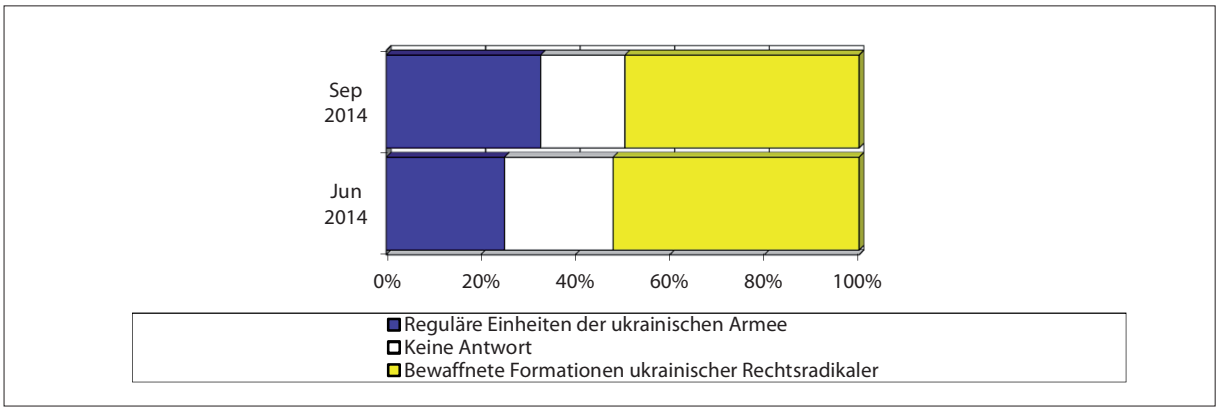
Grafik 5: Werden die Republiken Donezk und Lugansk am Ende Teil der Ukraine bleiben, unabhängige Staaten werden oder Teil Russlands werden?



Quelle: Umfragen der »Stiftung öffentliche Meinung« vom 13.–14. September 2014, N = 1000. Veröffentlicht am 22. September 2014 unter: <http://fom.ru/Mir/11731>

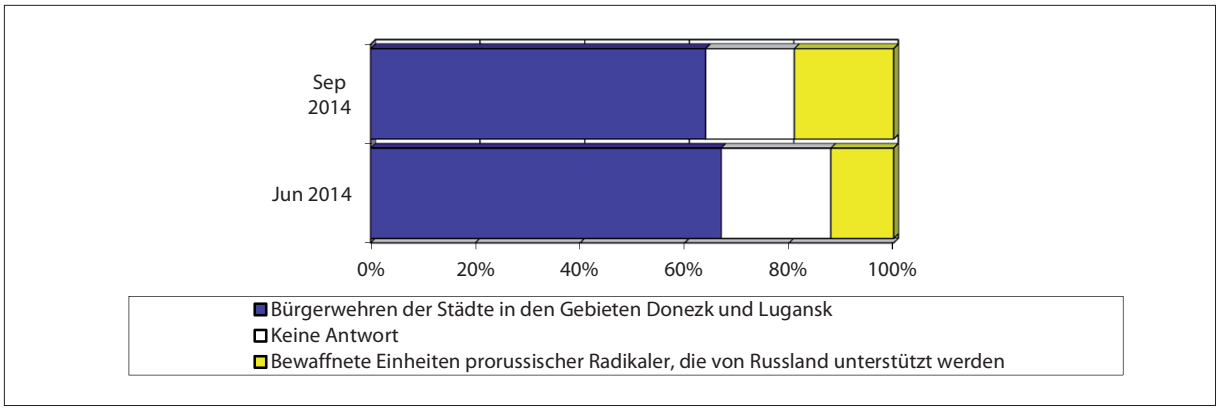
Umfragen des Lewada-Zentrums

Grafik 6: Welches sind die wesentliche Kräfte auf seiten der Kiewer Seite bei den Kämpfen in den Gebieten Donezk und Lugansk?



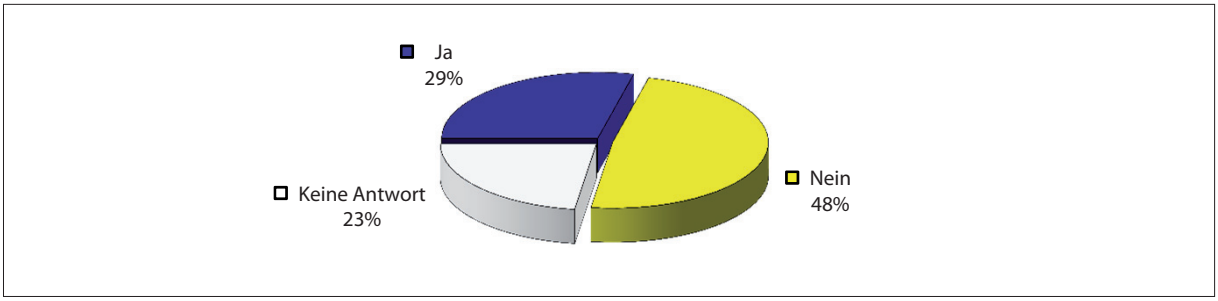
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 16. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/16-10-2014/ukrainskii-krizis-uchastniki-peremirie-otsenki-i-ozhidaniya>

Grafik 7: Welches sind die wesentlichen Kräfte bei den Kämpfen in den Gebieten Donezk und Lugansk auf der anderen Seite [Separatisten/Neurussland]?



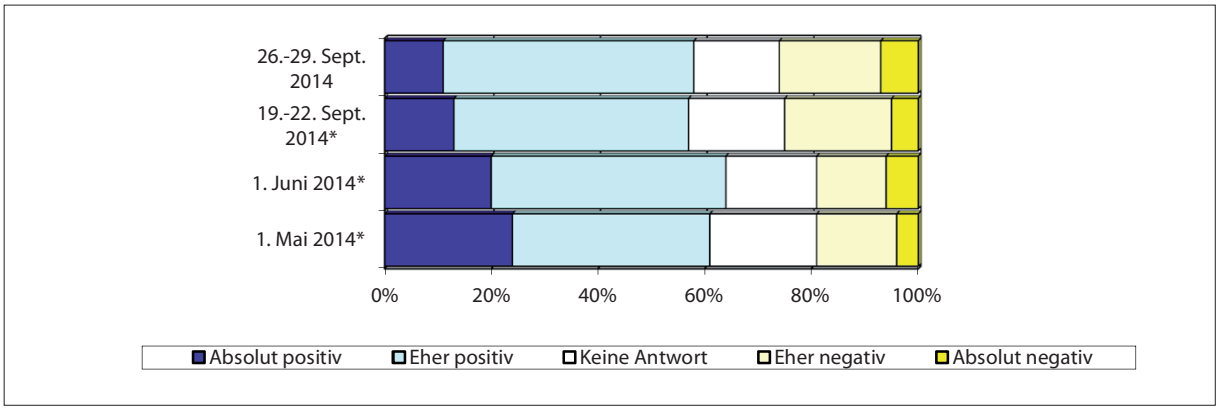
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 16. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/16-10-2014/ukrainskii-krizis-uchastniki-peremirie-otsenki-i-ozhidaniya>

Grafik 8: Befinden sich gegenwärtig in der Ukraine russische Streitkräfte?



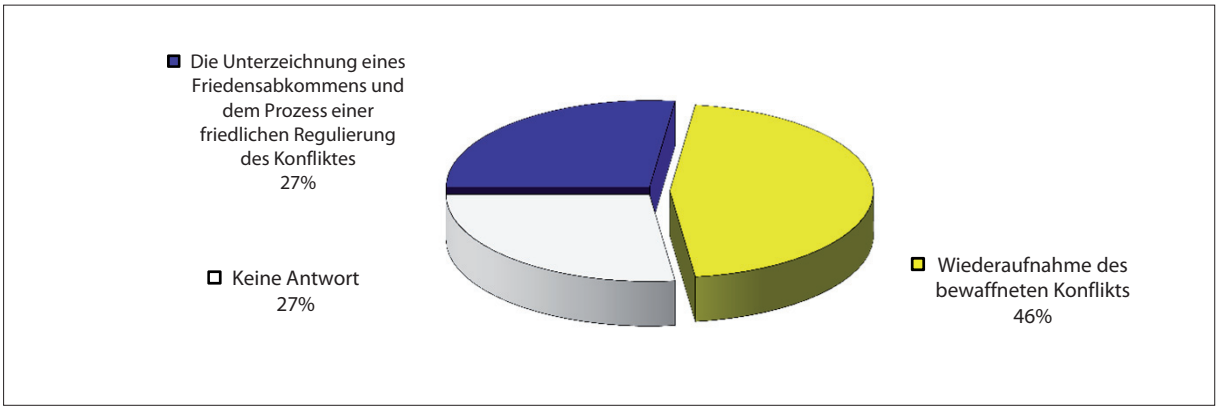
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 16. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/16-10-2014/ukrainskii-krizis-uchastniki-peremirie-otsenki-i-ozhidaniya>

Grafik 9: Wie stehen Sie dazu, dass in den Reihen der Bürgerwehr der Ostukraine russische Freiwillige kämpfen?



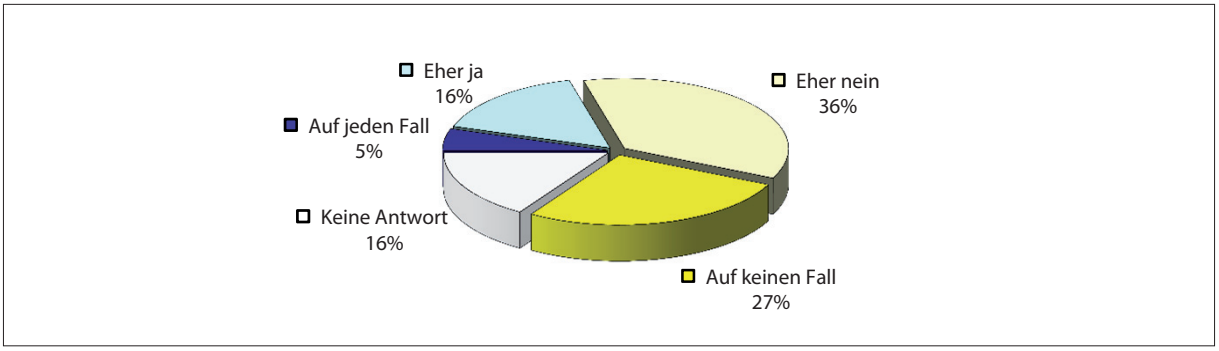
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 16. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/16-10-2014/ukrainskii-krizis-uchastniki-peremirie-otsenki-i-ozhidaniya>

Grafik 10: Wie endet die gegenwärtige Waffenruhe?



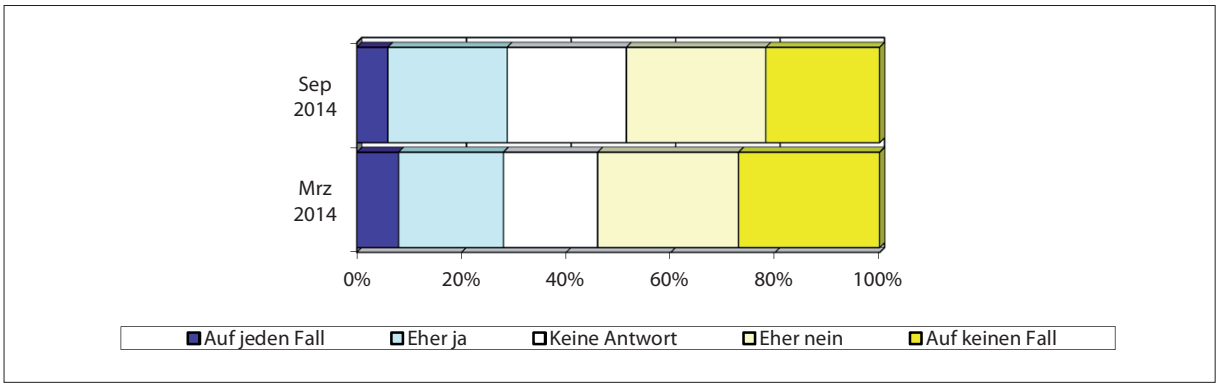
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 16. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/16-10-2014/ukrainskii-krizis-uchastniki-peremirie-otsenki-i-ozhidaniya>

Grafik 11: Sollten im Falle eines Wiederaufnahme der Kampfhandlungen in der Ostukraine russische Truppen entsandt werden?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 26.–29. September 2014, N = 1630. Veröffentlicht am 16. Oktober 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/16-10-2014/ukrainskii-krizis-uchastniki-peremirie-otsenki-i-ozhidaniya>

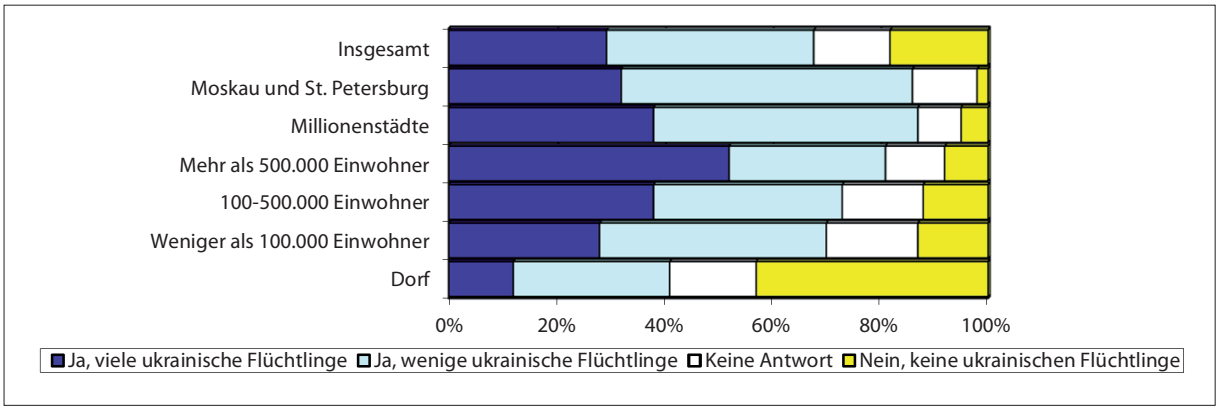
Grafik 12: Unterstützen Sie die Massenproteste (»Friedensmärsche«) gegen die russische Einmischung in innere Angelegenheiten der Ukraine?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 25. September 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/25-09-2014/marshi-mira>

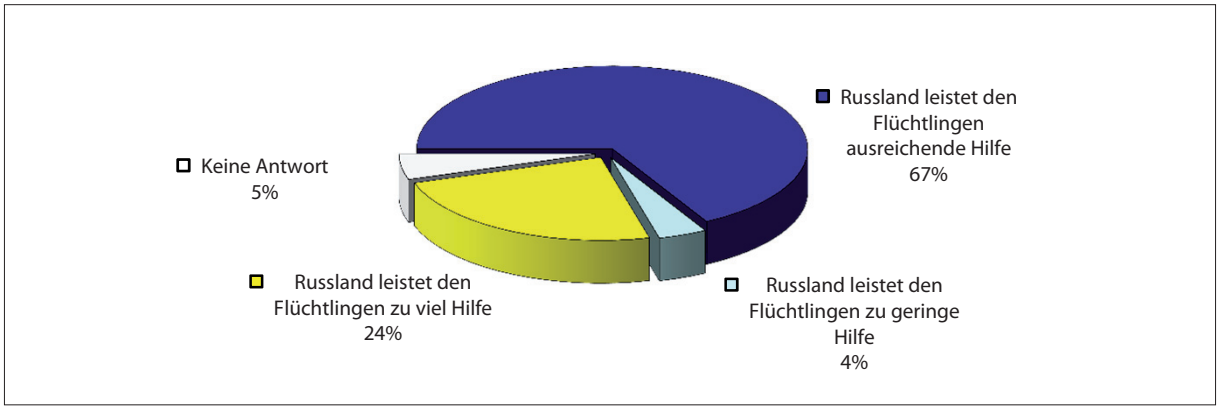
Die Haltung gegenüber den Flüchtlingen aus der Ukraine

Grafik 13: Gibt es in Ihrer Stadt / Siedlung Flüchtlinge aus der Ukraine?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 20.–21. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 26. September 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114994>

Grafik 14: Leistet Russland den ukrainischen Flüchtlingen ausreichende Hilfe?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 20.–21. September 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 26. September 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114994>

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Nawalnyj: Krim nasch![1]

Seit März 2014 steht Alexej Nawalnyj wegen des sogenannten »Yves-Rocher-Falls« unter Hausarrest. Dem oppositionellen Politiker wurde per Gerichtsbeschluss verboten, seine Wohnung zu verlassen sowie mit jeglichen Personen außer dem engen Familienkreis zu sprechen, Interviews zu geben und das Internet zu nutzen. Seitdem führt das Team der »Stiftung für die Korruptionsbekämpfung« (russ.: »FBK«) seinen Blog und seine Frau seinen Twitter-Account. Anfang Oktober milderte das Gericht des Moskauer Basmannyj-Rayons (Basmannyj-Gericht) überraschenderweise die Bedingungen des Hausarrests in Bezug auf Kontakte mit der Außenwelt, was nach mehreren Monaten Journalisten wieder einen Zugang zur Schlüsselfigur der russischen Protestbewegung ermöglichte.

Das Interview für Echo Moskwy vom 15. Oktober, in dem Nawalnyj sich unzweideutig zur Annexion der Krim äußerte, erregte in Russland überaus große Aufmerksamkeit. Wie im Nachhinein aus der Redaktion von Echo Moskwy verlautet, wollte Michail Lesen, Chef der Holding Gazprom-Media, die zwei Drittel der Aktien des Radiosenders besitzt, die Veröffentlichung dieses Interviews auf alle erdenkliche Weise verhindern; er habe der stellvertretenden Chefredakteurin Olesja Rjabzewa per Telefon mit großen Problemen gedroht, wie diese in ihrem Blog berichtet. Das Interview schlug in der liberalen Öffentlichkeit wie eine Bombe ein, da Nawalnyj die Rückgabe der Krim an die Ukraine eindeutig ausschloss. Auf die Frage des Chefredakteurs des Radiosenders Alexej Wenediktow »Krim nasch?« (Ist die Krim unser?) sagte der Oppositionelle Folgendes: »Ich finde, dass obwohl die Krim unter eklatanten Verstößen gegen alle völkerrechtlichen Normen erobert wurde, die Realien derart sind, dass die Krim jetzt ein Teil der Russischen Föderation ist. Machen wir uns doch nichts vor. Den Ukrainern rate ich ebenfalls ausdrücklich, sich nichts vorzumachen. Sie [die Krim, Anm. d. Red.] bleibt Teil Russlands und wird in absehbarer Zukunft kein Teil der Ukraine werden.« Diese Aussage löste auf Twitter einen massiven »Shitstorm« aus. Kurz nach dem Interview schloss sich auch Michail Chodorkowskij der Position Nawalnyjs an und sagte »Die Krim gebe ich nicht zurück« (<http://grani.ru/Politics/Russia/Parties/m.234009.html>). Im Zuge heftiger Debatten in den Blogs teilte sich die liberale Öffentlichkeit Russlands in Nawalnyj-Versteher und harsche Kritiker der Krim-Annexion; es meldeten sich unter anderem zu Wort: Grigorij Golosow, Professor an der Europäischen Universität St. Petersburg; Sergey Davidis, Bürgerrechtler und enger Verbündeter Nawalnyjs in der Protestbewegung; Alexander Osowzow, Projektdirektor der Stiftung von Michail Chodorkowskij »Offenes Russland«; Wladislaw Naganow, Mitglied der Nawalnyj-Partei »Partei des Fortschritts«, der Journalist und Publizist Alexander Sotnik; der russischsprachige Kiewer Journalist Mustafa Nayyem und der Kriegskorrespondent Arkadij Babtschenko.

Eine Situation ohne guten Ausweg

»Nawalnyj stellt alles richtig dar, zu vielen Fragen lässt sich derzeit kaum etwas Besseres sagen. Er ist ein begabter Mensch, ein geborener Politiker. Das Schlimme ist, dass Russland ihn unter Hausarrest hält. Alle gehen ihn hier an mit der Krim. Man muss aber dabei im Kopf behalten, dass es Putin war, der die ukrainischen Probleme für Russland geschaffen hat, und Nawalnyj nach einem guten Ausweg aus einer schlechten Lage zu fragen ist nicht besonders fair. Die Krim bedeutet eine Situation ohne guten Ausweg. Für den Besitz der Krim werden wir – alle zusammen oder jeder einzelne aus eigener Tasche ein Vielfaches von dem zahlen müssen, was es gekostet hätte, jeden Quadratmeter auf der Halbinsel zu kommerziellen Preisen als Eigentum zu erwerben und alle Bewohner, die dann nicht bleiben wollen, an die Côte d'Azur umzusiedeln. Putin hat das Geschäft bereits abgeschlossen. Selbst Nawalnyj kann es nicht stornieren.«
Grigorij Golosow via Snob.ru 16.10.2014 <http://slon.ru/russia/pochemu_navalnyy_prav-1172360.xhtml>

»Alle haben sich auf Nawalnyj gestürzt…«

»Ich habe in seinen Worten keinen Imperialismus erkennen können: er stimmt der Besetzung und Annexion der Krim nicht zu, weist im Gegenteil auf deren krasse Rechtswidrigkeit hin. Er hat gesagt, dass Krim jetzt de facto zu Russland gehört. […] Er sagt, dass man sie nicht wie ein Butterbrot zurückgeben kann, dass das die Bevölkerung entscheiden sollte; was gibt es da zu bestreiten? Selbst bei der Annexion gab es ein Schein-Referendum. Und wenn man nicht autoritär und rechtswidrig vorgeht, sondern fair und demokratisch, wer anders als die Bevölkerung sollte dann entscheiden? […]

Was ich in der Äußerungen Alexejs nicht gutheißen würde, ist der Stil. Man sollte jetzt auf Ratschläge für die Ukrainer lieber verzichten, insbesondere bei einer solchen Frage. Man sollte nicht davon reden, dass Krim ›in absehba-

1 dt.: Die Krim ist unser!

rer Zukunft kein Teil der Ukraine werden‹ wird, auch wenn es scheint, als ob die Ergebnisse eines jeden Referendums vorhersehbar sind. Schließlich tragen wir alle, selbst diejenigen, die dagegen waren, zu einem gewissen Grad eine Verantwortung bei der Aggression des Kreml gegen die Ukraine; und trotz allem stehen wir in den Augen der Ukrainer vollkommen zurecht als Bürger eines Aggressorstaates da. Etwas mehr Rücksicht und Fairness wäre nicht verkehrt.«
Sergej Davidis auf Facebook, 15.10.2014 <https://www.facebook.com/sergei.davidis/posts/800840943304969>

»Der Drache gewinnt in jedem Fall«

»Bezüglich der Krim bin ich mit Nawalnyj kategorisch nicht einverstanden und finde, dass gerade Russland der Ukraine die annektierte Krim zurückgeben sollte, vor allem weil niemand, auch kein Land, ein normales Leben führen kann, ohne zu versuchen, die Folgen eines von ihm begangenen Verbrechens nach Möglichkeit zu korrigieren. Das wäre genauso, als wenn Alexejs ›Lieblingsfiguren‹ – Timtschenko, Jakunin, die Rotenbergs usw. – eines schönen Tages sagen würden: ›Wir klauen jetzt nicht mehr, wir sind jetzt ehrliche Leute. Aber was wir vorher zusammengeklaut haben, das gehört bereits uns und das behalten wir.‹ Eine solche Idee würde Nawalnyj kaum zufriedenstellen.

Die Diskussion um Nawalnyjs Position, die jetzt stattfindet, zeigt aber aus meiner Sicht sehr ernst zu nehmende moralische und ethische Probleme innerhalb eines Teils der russischer Opposition auf. Die einen, die gestern noch mit harten Worten die ›Krimnaschisten‹ beschimpft haben, und, so schien es, bereit waren, ›Watniki und Kolorady‹[2] in Stücke zu zerreißen, sind nun durch der ›Hetze der liberalen Presse gegen Nawalnyj‹ empört […].

Ich möchte denjenigen, für die jedweder Meinungsunterschied zu Nawalnyj ein Anschlag auf das Allerheiligste ist, Folgendes sagen: Beruhigt euch, versucht zu verstehen, dass es dumm und aussichtslos für das Land wäre, ›Putinoide‹ durch ›Nawalnoide‹ auszutauschen. So, wie in dem alten vietnamesischen Märchen über den Drachen und das Schwert aus grauem Stahl: Es gewinnt immer der Drache.«
Alexander Osowzow auf Facebook, 16.10.2014 <https://www.facebook.com/osovtsovaa/posts/1568393260047754>

»Man darf sie nicht hin und her zurückgeben«

»Alle, die Nawalnyj für seine Worte ›Ist die Krim etwa ein Wurstbrot, dass man es hin und her zurückgeben könnte?‹, kritisieren, möchte ich fragen: Wie stellt ihr das überhaupt vor?

Der Präsident Russlands unterschreibt einen Erlass über die Rückgabe der Krim und Sewastopols an die Ukraine? Über die Entziehung der russischen Staatsbürgerschaft bei allen Bewohnern der Krim und Sewastopols? Oder kann man den Menschen die russische Staatsbürgerschaft belassen, und nur das Territorium – mit ihnen – übergeben? Fragt irgendjemand die Menschen, was sie wollen, bevor man etwas mit ihnen macht? Oder werden die Einwohner der Krim und Sewastopols nicht für Menschen gehalten, sondern für Vieh, für eine Schafherde, die zwischen verschiedenen Staaten hin und her ›übergeben‹ werden kann? Der eine Präsident hatte Lust und nahm es sich, der andere hat sich anders überlegt und gibt es wieder zurückt? So etwa?

Sollte man nicht doch besser die Menschen fragen? Hat Nawalnyj das etwa nicht selbst gesagt, als er von einem ›normalen‹ Referendum auf der Krim sprach? Ich verstehe unter einem ›normalen‹ Referendum eines, das nicht nur 15–20 Tage vorbereitet wird, sondern mindestens drei Monate. Und bei dem es keine Einschränkungen für die Kampagne gibt: Die Anhänger einer Zugehörigkeit der Krim und Sewastopols zur Ukraine wollen hierfür agitieren, mit Plakaten, Flugblättern, Werbevideos, ukrainischen Fahnen – bitte schön! Ohne Einschränkungen! Und dass alle möglichen Wahlbeobachter zum Referendum kommen können, von der OSZE, von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, von der GUS, aus der Ukraine, der EU und den USA, von überall her. Und dass ein transparenter Ablauf der Stimmenzählung gewährleistet werde. Und wenn jemand von den Wahlbeobachtern ein Nachzählen der Stimmen per Hand verlangt – bitte schön, mehrmals, so oft wie gewünscht! Und überhaupt: Lasst so viele Wahlbeobachter in jedes Wahllokal, wie dort Platz ist. Und keinerlei bewaffnete Menschen mit Maschinenpistolen, in keinem einzigen Wahllokal oder dessen Umgebung.«
Wladislaw Naganow auf Livejournal, 16.10.2014 <http://naganoff.livejournal.com/142862.html>

Liebe »Nawalnisten«

»Also. Für die verehrten ›Nawalnisten‹, die sich wegen Alexej so aufregen…

2 »Watniki« (Wattejacken) – abfällige Bezeichnung für russische ‚Hurrapatrioten' (ein »Watnik« ist eine Wattejacke, die mit der Armee, aber auch mit Sträflingen assoziiert wird); »Kolorady« (von » koloradskij shuk« – Kartoffelkäfer) – abfällige Bezeichnung für prorussische Aktivisten in der Ukraine (die Färbung des Käfers ist schwarz-gelb oder schwarz-orange gestreift, ähnlich den Farben des St. Georgs-Bandes, das von prorussischen Kräften in der Ukraine und von politisch rechtsstehenden Russen als Abzeichen verwendet wird).

Ja, eurer ›Führer‹ ist Imperier. Daraus hat er kein Geheimnis gemacht. Er ist bei der Krim-Frage ein absoluter Putin. Weil er, wenn er einer anderen Ansicht wäre, Wenediktow Folgendes gefragt hätte: ›Von welcher Krim reden Sie denn? Von der, die zur Ukraine gehört, womit Russland einverstanden war, als es das Budapester Abkommen unterschrieben hat? Sie fragen mich über die territoriale Integrität eines Staates, dem Russland Garantien gegeben hat, wonach die Ukraine zum atomwaffenfreien Land geworden ist? Hätte Russland seinerzeit diese Garantien nicht gegeben, hätte die Ukraine jetzt Atomraketen, und wir würden es niemals riskieren, uns dort einzumischen… Sie fragen also nach Quatsch, und zwar provokantem Quatsch.‹

Wenn er also auf diese Weise geantwortet hätte, dann ja. Dann wäre er als Politiker geboren worden. Er hat sich aber ausgenullt. Wie seinerzeit Udalzow.

Und noch etwa. Verehrte ›Nawalnisten‹, hört auf, euch Götzen zu schaffen. Viele von euch waren auf dem ›Friedensmarsch‹ zur Unterstützung der territorialen Integrität der Ukraine. Verliert das Gesicht nicht. Trefft eine Wahl ohne Bindung des Herzens. Und all die Argumente, ›er habe es nicht so gesagt, er habe etwas anderes gemeint‹, das ist im Stil von ›Putinisten‹, und zwar: ›Unser Führer hat alle ausgetrickst. Das eine gesagt, was anderes getan. Sie haben seinen Weisheiten schlecht zugehört.‹…

Seid keine Kinder. Werdet erwachsen.«

Alexander Sotnik auf Facebook, 15.10.2014 <https://www.facebook.com/sasha.sotnik/posts/646414272138108>

»Randfigur russischer Politik«

Da Alexej Nawalnyj recht offen seine Meinung zur Krim geäußert hat […], wäre es auch für den Oppositionellen selbst sinnvoll, das Geheimnis über seine Lage zu lüften. Ich finde, dass, abgesehen davon, dass die Rechte von Alexej Nawalnyj lange Jahre verletzt wurden und er nach himmelschreiender Verletzung aller Gesetzesnormen der Russischen Föderation verurteilt wurde, die Realität so aussieht, dass Herr Nawalnyj eine Randfigur der russischen Politik ist. Ich rate ihm und seinen Anhängern eindringlich, sich nichts vorzumachen – sie haben in absehbarer Zukunft keine Chance, bedeutende Figuren in der großen Politik zu werden. Das wäre ebenfalls ehrlich.

Mustafa Nayyem auf Facebook, 16.10.2014 <https://www.facebook.com/Mustafanayyem/posts/10203171638717866>

»Was wollen Sie, Pardon, zurückgeben?«

»Was für spannende Eskapaden nun zu dieser Krim… ›Die Krim ist kein Wurstbrot‹, meint Nawalnyj. ›Wenn ich Präsident werde, gebe ich Krim nicht zurück‹, schreibt Michail Chodorkowskij auf Twitter. […]

Russland hat einen Teil eines souveränen Staates okkupiert. Diese Okkupation ist von keinem anderen Staat in der Weltgemeinschaft anerkannt worden. In der ganzen Welt hat sich die ukrainische Grenze nicht um einen Zentimeter verändert. Die Welt kennt keinen anderen Staat ›Ukraine‹ außer diesen – mit der Krim. Die Welt kennt keinen anderen Staat ›Russland‹ außer diesen – ohne die Krim. Es hat keine Verträge zur Anerkennung und Bestätigung neuer Grenzen gegeben.

Was also wollen Sie, Verzeihen Sie die Frage, ›zurückgeben‹? […]

Und zweitens. Das wichtigste.

Wenn du Präsident wirst – eben Präsident – wäre in diesem Koordinatensystem schon eine solche Fragestellung ›abgeben oder nicht‹ *per definitionem* undenkbar. Denn der Präsident ist ein gewähltes Amt. Ein Amt, das im Rahmen fairer und freier Wahlen besetzt wird, die in einem demokratischen Land nach internationalen Regeln, Konventionen, Rechten und Gesetzen, die durch die Weltgemeinschaft als korrekt anerkannt werden. […] In dieser Situation würde sich die Frage ›zurückgeben oder besser nochmal überlegen‹ *a priori* nicht stellen. Weil nicht du es bist, der über zurückgeben oder nicht entscheidet. Du bist kein Lenker des Schicksals von Staaten, Ländern und Völkern. Du bist bloß Garant der Ausführung von Gesetzen. Einschließlich internationaler Gesetze. Für alle, die darüber anders dachten, ist die Möglichkeit geschaffen worden, über ihre Fehler nachzudenken – in den schönen Städten Nürnberg und Den Haag.«

Arkadij Babtschenko auf Facebook, 16.10.2014 <https://www.facebook.com/babchenkoa/posts/555934824506755?fref=nf>

Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)

ANALYSE

Zivilgesellschaft und Staat in Russland

Pavel Chikov, Moskau

Zusammenfassung

Die Zivilgesellschaft befindet sich heute in Russland in einem schlechten Zustand. Sie entwickelte sich Ende der 1980er Jahre und genoss bis Ende der 1990er Jahre weitgehende Freiheiten. 1999 gab es erste staatliche Eingriffe und 2004 kennzeichnete Präsident Putin aus dem Ausland finanzierte NGOs direkt als »Feinde«. In den folgenden Jahren wurde die Gesetzgebung verschärft, die Registrierung von NGOs erschwert, dennoch gab es bis zur Rückkehr Putins in das Präsidentenamt im Jahre 2012 kein ernstliches Vorgehen der Behörden gegen die NGOler. Mit der ultrakonservativen Wende des Jahres 2012 begann der Staat auch verstärkt gegen die NGOs vorzugehen. Heute, auch nach den Ereignissen in der Ukraine, ist weithin klar geworden, dass Wladimir Putin bei seiner Orientierung auf einen extremen Konservatismus auch vor Repressionen gegen Nichtregierungsorganisationen nicht zurückscheut.

Die Entstehung der Zivilgesellschaft Ende der 1980er Jahre

Der Zustand der Zivilgesellschaft in Russland lässt sich heute mit nur einem Wort charakterisieren: schlecht. Mehr noch: Er ist schlechter denn je in der neuesten Geschichte Russlands, wenn man davon ausgeht, dass es zu sowjetischer Zeit keine nennenswerte Zivilgesellschaft gegeben hat. Die vereinzelten sowjetischen Bürgerrechts- und Dissidentengruppen, deren Mitglieder von den Geheimdiensten aufs engste überwacht wurden, lassen sich nämlich nur mit größter Mühe als Zivilgesellschaft bezeichnen.

Eine legale Existenz vom Staat unabhängiger Nichtregierungsorganisationen begann in Russland ungefähr in jener Zeit, als West- und Ostdeutschland wiedervereint wurden. Ende der 1980er und in der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurden zum einen die bereits erwähnten sowjetischen Dissidentengruppen, dann aber auch jene Initiativgruppen, die auf der Welle der Perestroika unter Gorbatschow entstanden waren und nun als Organisationen auftraten, zur Basis der künftigen Zivilgesellschaft. Diese Gruppen erreichten, dass Kuibyschew in Samara und Gorkij in Nishnij Nowgorod umbenennt wurde, und sie beteiligten sich engagiert an den Wahlen der Volksdeputierten, beseitigten verschiedenste Relikte der sowjetischen Vergangenheit, wurden zu Meinungsführern der Gesellschaft, organisierten erstmals rechtliche Hilfe für die schwächsten Bevölkerungsgruppen

Die ersten Gesetze, die die Tätigkeit von NGOs systematisch regulierten, entstanden in den Jahren 1995 und 1996. Sie wurden auf der Höhe der allgemeinen Demokratisierung verabschiedet, schrieben die grundlegenden bürgerlichen Freiheiten fest, sahen eine Registrierung per Anmeldung, keinerlei Rechenschaftspflichten sowie die Möglichkeit vor, ohne Registrierung als juristische Person tätig sein zu können. Hierbei konnten rund zwei Dutzend verschiedener Rechtsformen genutzt werden. Eine gesellschaftliche Organisation (NGO) registrieren zu lassen, bedeutete keine Mühe und die staatlichen Gebühren hierfür waren minimal. Gleichzeitig gab es jedoch keinerlei System für eine finanzielle Förderung von nichtkommerziellen Organisationen (NGOs) durch den Staat.

Erste Eingriffe des Staates

Die ersten Zeichen, die von künftigen Problemen für NGOs kündeten, erfolgten im Jahr 1999, als das Justizministerium eine Neuregistrierung aller aktiven nichtkommerziellen Organisationen (NGOs) verlangte. Damals sahen sich einige Menschenrechtsorganisationen erstaunlichen Beanstandungen durch die Behörden gegenüber. Wie sich herausstellte, sollte es nicht möglich sein, den Schutz der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten zu den satzungsgemäßen Zielen zu zählen. Die Fachleute des Justizministeriums behaupteten: Da der Schutz der Menschenrechte gemäß der Verfassung die Pflicht des Staates ist, könnten NGOs diesen darin allenfalls ‚unterstützen'. Das ist die Erklärung dafür, dass die meisten Moskauer Organisationen bei ihren Namen und in ihren Satzungen bis heute diese Formulierung verwenden, die offensichtlich eine klare paternalistische Botschaft an die Gesellschaft darstellt. Zivilgesellschaftliche Organisationen können – so die Haltung der russischen Regierung seit 1999 und bis jetzt – nichts selber machen. Sie können lediglich den Staat unterstützen. Folglich stoßen NGOs, wenn sie sich gegen die Politik des Staates wenden, auf unweigerlichen väterlichen Zorn. Die 15 Jahre nach 1999 illustrieren diese Haltung sehr deutlich.

Nichtregierungsorganisationen als »Feinde«

2004 hat Präsident Putin in seiner jährlichen Parlamentsansprache Nichtregierungsorganisationen, die auch nur irgendwelche Gelder aus dem Ausland erhalten, direkt seine Feinde genannt. 2004/05 wurde eine spezielle staatliche Struktur, der »Föderale Dienst für Regis-

trierung« (»Rosregistrazija«) geschaffen – eine Polizei für NGOs. Es wurden für NGOs Rechenschaftspflichten über ihre Tätigkeit eingeführt, die für zwei Drittel der Organisationen nicht zu stemmen waren. Von 2006 bis 2008 hat diese dem Justizministerium nachgeordnete Behörde die Auflösung Zehntausender zivilgesellschaftlicher Organisationen per Gerichtsbeschluss erwirkt. Weitere 50.000 erhielten Verwarnungen. Insgesamt befanden sich beim Amtsantritt des Zwischenpräsidenten Medwedew achtzig Prozent der in Russland existierenden Organisationen (ungefähr 150–180.000) nur einen Schritt von ihrer möglichen Auflösung (aus formalen Gründen) durch das Justizministerium entfernt. Staatsfreundliche Strukturen (wie etwa die Gesellschaftskammer) haben beharrlich die Vorstellung transportiert, dass es in Russland tatsächlich nicht mehr als 30.000 gesellschaftliche Organisationen (NGOs) gebe. Das Anhalten der repressiven Maschine gegen NGOs war eine der wenigen liberalen Zugeständnisse Dmitrij Medwedews als Präsident. »Rosregistrazija« wurde 2008 selbst aufgelöst und seine Funktionen zur Kontrolle der Nichtregistrierungsorganisationen direkt dem Justizministerium übertragen. Viele ehemalige Mitarbeiter von »Rosregistrazija«, einschließlich des Behördenleiters, wechselten zur Staatsanwaltschaft.

2009 und 2010 ritten die Behörden nur vereinzelte Angriffe auf Nichtregistrierungsorganisationen. Ein besonders bekannter Fall war die blitzartige staatsanwaltschaftliche Überprüfung von 40 Menschenrechtsorganisationen im September 2010, die auf Anweisung der Präsidialadministration erfolgte; diese wollte vor dem Treffen der Leiter der Kommission von Wladislaw Surkow und Michael MacFaul kompromittierende Materialien über aus dem Ausland finanzierte Organisationen präsentieren. Insgesamt aber hat bis zur Rückkehr Putins in das Präsidentenamt kein ernstliches Vorgehen der Behörden gegen die NGOler gegeben.

Die Situation der Zivilgesellschaft nach dem Mai 2012

Die Situation änderte sich grundlegend im Mai 2012 nach der dritten Inauguration Putins, die von Massenprotesten auf dem Bolotnaja-Platz begleitet wurde, denen die bis heute andauernden sogenannten Bolotnaja-Verfahren folgten, nämlich die strafrechtliche Verfolgung und Verurteilung zu Gefängnisstrafen von Teilnehmern der regierungskritischen Demonstration vom 6. Mai 2012. Die Präsidialadministration wappnete sich mit der ultrakonservativen Politik einer demonstrativen Absage an liberale Werte; für den Präsidenten wurde das Image eines Verteidigers traditioneller Werte aufgebaut, die den Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten gegenübergestellt werden.

Die weitgehenden Beschränkungen der Versammlungsfreiheit, die Verfolgung von Schwulen und Lesben, die Angriffe auf die Redefreiheit im Internet, die Herstellung staatlicher Kontrolle über die Medien, die Diskreditierung des Instituts der Wahlen wurden durch eine Kampagne zur Verfolgung von Nichtregierungsorganisation ergänzt. Diese Welle wurde unter der Losung losgetreten, dem Einfluss aus dem Ausland entgegenzuwirken. Sie erfolgte durch Änderungen im Gesetz über nichtkommerzielle Organisationen (NGOs), das Änderungsgesetz wurde als »Gesetz über ausländische Agenten« bekannt. Präsident Putin persönlich ist bekanntermaßen dessen geistiger Vater. Im Verlauf des Jahres 2013 organisierte die Staatsanwaltschaft, die vom Justizministerium die Funktion der Kontrolle über Nichtregierungsorganisationen übernommen hatte, die Überprüfung von rund tausend NGOs und ließ sich dabei lediglich von einem Kriterium leiten, nämlich der Frage, ob eine Organisation in irgend einer Art Gelder aus irgendeiner Art ausländischer Quelle erhält, die Vereinten Nationen, den Europarat und private Nichtregierungsstrukturen eingeschlossen. Auch eine Reihe deutscher Stiftungen und Organisationen waren Attacken ausgesetzt, nämlich die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung und der Deutsch-Russische Austausch.

Ziel der von Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka initiierten Kampagne war es, möglichst viele Organisationen dazu zu nötigen, sich als ausländischer Agent registrieren zu lassen. Die Reaktion der russischen Zivilgesellschaft lässt sich wohl als deutlichsten Beweis ihrer Existenz bezeichnen: Nach dieser halbjährigen Kampagne in allen Regionen des Landes hatte sich keine einzige Organisation im Verzeichnis der »ausländischen Agenten« registrieren lassen. Die Zivilgesellschaft hatte – ohne sich zu verabreden – die Anwendung dieses Gesetzes sabotiert und Dutzende Organisationen zogen mit Beschwerden gegen das Vorgehen der Staatsanwälte vor Gericht. Diese ewig langen Gerichtsprozesse dauern bis heute an. Involviert sind mittlerweile auch das Oberste Gericht, das Verfassungsgericht, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, die Venedig-Kommission des Europarates, der Menschenrechtskommissar des Europarates und die Regierungschefs aller großen westlichen Staaten.

Heute, nach den diesjährigen Ereignissen in der Ukraine, ist weithin klar gewonnen, dass Wladimir Putin bei seiner Hingabe an extremen Konservatismus und bei seiner Attacke gegen liberale Werte, die die Grundlage der Nachkriegsordnung dargestellt haben, bei Repressionen gegen Nichtregierungsorganisationen nicht halt macht. Heute, in einer Situation, da von jenem Moment, wo im Kopf des Präsidenten oder von irgend

jemandem in dessen engster Umgebung die nächste Idee zur Beschränkung der Menschenrechte entsteht, bis zur Verabschiedung und dem Inkrafttreten eines entsprechenden Föderalen Gesetzes nur eine Woche vergehen kann, können jene, die Menschenrechtsarbeit machen, solche Schritte der Regierung weder auszuschließen noch sie vorhersehen. Es bleibt einem nur, auf wirklich alle Szenarien gefasst zu sein, auch auf die schlimmsten.

Übersetzung : Hartmut Schröder

Über den Autor
Pawel Chikow, Vorsitzender der Interregionalen Assoziation der Bürgerrechtsorganisationen »AGORA«, Mitglied des Rats für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und für Menschenrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation.

ANALYSE

NGOs in Russland

Jens Siegert, Moskau

Zusammenfassung
Unabhängige russische NGOs sind seit Präsident Putins Amtsantritt Ziel staatlichen Drucks. Die Auseinandersetzung mit diesem Druck hat bei den NGOs zu einer schrittweisen und beindruckenden Professionalisierung beigetragen, die wiederum geholfen hat, trotz dieses Drucks nicht nur zu überleben, sondern auch ihre Arbeit weiter machen zu können. Das vor knapp zwei Jahren in Kraft getretene sogenannten »NGO-Agentengesetz« stellt die NGOs vor eine neue, harte Probe. Zudem versucht der Staat erneut, NGOs auch institutionell in »gute« und »böse« einzuteilen. Dieser neue Versuch, NGOs unter direkte staatliche Kontrolle zu bringen, gefährdet die Existenz unabhängiger und staatskritischer NGOs in Russland.

Putin und die NGOs
Seit Wladimir Putin vor nun schon fast 15 Jahren russischer Präsident wurde, versucht er, sehr erfolgreich, alle autonomen politischen Subjekte in Russland der direkten Kontrolle des Staates, besser noch des Kremls zu unterwerfen. In Wirtschaft und Politik ist das weitestgehend gelungen. Bei den Massenmedien sehr weitgehend. Blieben und bleiben die NGOs. Sie haben sich als am widerständigsten erwiesen. Das hat unterschiedliche Gründe.

Erstens galten NGOs im Kreml lange nicht als sonderlich gefährliche politische Bedrohung. Das änderte sich kurzzeitig 2004/2005, als der Kreml vor allem bei der sogenannten Orangenen Revolution in der Ukraine aus dem Ausland finanzierte NGOs als wichtige treibende Kraft der politischen Veränderungen betrachtete. Doch hielt diese seinerzeit stark übertriebene Angst vor der Möglichkeit ähnlich »umstürzlerischer Machenschaften« in Russland nur recht kurz an. Danach, etwa ab Ende 2006 und bis zur Protestwelle gegen Wahlfälschungen und die Wiederwahl von Wladimir Putin zum russischen Präsidenten im Winter 2011/2012 periodisch, blieben die Aufmerksamkeit den NGOs gegenüber und das Verhältnis zwischen Staat und NGOs ambivalent.

Dieses Verhältnis schwankt seit Putins Machtantritt zwischen dem Misstrauen des Staates allen autonomen, potentiell eigenständigen politischen Subjekten gegenüber (die aus seiner Sicht streng kontrolliert gehören) und der Erkenntnis, dass NGOs eine ganze Reihe wichtiger sozialer und politischer Funktionen ausfüllen, die der Staat nicht oder nicht mehr zu gewährleisten in der Lage ist. Außerdem erwiesen sich die NGOs nach weitgehender Abschaffung der Pressefreiheit und Gleichschaltung der (ohnehin schwachen und in vielen Bereichen dysfunktionalen) politischen Parteien für den Kreml als nützlicher, ja mitunter notwendiger Kommunikationskanal in die Gesellschaft.

Die Überlebensfähigkeit der russischen NGOs
Das Überleben unabhängiger NGOs wurde bis heute außerdem durch ihre große politische und institutionelle Lernfähigkeit gewährleistet. Unter dem staatlichen Druck der vergangenen 15 Jahre ist die NGO-Arbeit in Russland in fast allen Bereichen professioneller geworden. Das gilt insbesondere für die Einhaltung der in vielem widersprüchlichen, oft geänderten und über Verwaltungsakte zu wahren bürokratischen Monstern

aufgeblähten, die NGOs betreffenden Gesetze. Kurz gesagt: Vor allem Juristen, Buchhalter, Geschäftsführer, die NGOs beraten oder in ihnen arbeiten, aber auch viele Aktivisten sind schlicht besser, schneller und professioneller als die staatliche Finanz-, Justiz- oder sonstige Verwaltung. Einem in vielem legalistischen Staat gegenüber kostet diese ständige Professionalisierung (auch im Sinn einer Art »lebenslangen Lernens«) zwar viel Kraft und es müssen dafür nicht geringe Ressourcen eingesetzt werden, aber sie verschafft, solange es sich nicht um frontale Angriffe handelt, immer wieder Raum und Zeit zum Weitermachen.

Damit komme ich zum dritten Grund für die besondere Widerständigkeit von NGOs in Russland. Es ist für einen Staat (und seine Staatsmänner und -frauen), für den der Eigensinn der Menschen nur schwer vorstellbar ist, und der, vom eigenen Zynismus geleitet, hinter jedem und allem irgendwelchen »fremden Mächte«, Verschwörungen und politischen Utilitarismus vermutet, ganz offenbar schwer vorstellbar, dass zivilgesellschaftliches Engagement sozusagen aus sich selbst heraus oder aus einer bestimmten Situation oder einem bestimmten Ereignis, einem Erlebnis oder einer Erfahrung heraus entsteht. Administrative, auch strafrechtliche Maßnahmen gegen dieses Engagement laufen eben deshalb immer wieder zwar nicht völlig ins Leere (sie erschweren dieses Engagement mitunter enorm), aber sie können es nicht verhindern. Es verlagert sich immer wieder und findet immer neue Formen und Foren.

Die Verstärkung der staatlichen Kontrolle

Bis heute gab es unter Putin drei größere Versuche, unabhängige NGOs unter mehr oder weniger direkte staatliche Kontrolle zu bringen und diejenigen, die sich dagegen wehrten, entweder zu marginalisieren oder auch zu schließen. Der erste im Jahr 2001 endete mit einem oben schon angedeuteten Kompromiss, der das Verhältnis Kreml-NGOs in einem (allerdings jederzeit prekären) Gleichgewicht zwischen Konfrontation und Kooperation hielt.

Der zweite Versuch endete in der Verabschiedung des »NGO-Gesetzes« Ende 2005/Anfang 2006, das den NGOs weitergehende Berichtspflichten auferlegte, in der Praxis also Ressourcen band und bindet, aber, ebenfalls in der Praxis und entgegen anderslautenden Befürchtungen, nicht zu wesentlichen Einschränkungen in der Arbeit russische NGOs führte. Die größte negative Wirkung dieses Versuches dürfte von zahlreichen öffentlichen Äußerungen hochgestellter Politiker bis hin zu Putin ausgegangen sein, NGOs seien »Feinde«, »Schakale, die um ausländische Vertretungen streunen«. Dadurch wurde die Einstellung von Teilen der Gesellschaft, vor allem aber von weiten Teilen der Verwaltung zu NGOs grundsätzlich negativ geprägt.

Der dritte Versuch begann als Teil der staatlichen Reaktionen auf den Protestwinter 2011/2012 und hält bis heute an. Sein wichtigster Bestandteil ist das sogenannte »NGO-Agentengesetz«, das eigentlich kein eigenes Gesetz ist, sondern aus einer Reihe dem NGO-Gesetz neu hinzugefügter oder geänderter Paragraphen besteht. Diese Vorschriften verpflichten NGOs, die »sich politisch betätigen« und Geld oder andere Zuwendungen aus dem Ausland erhalten, sich beim Justizministerium als »ausländische Agenten« registrieren zu lassen. Danach müssen sie jede öffentliche Äußerung mit dem Zusatz »ausländischer Agent« versehen.

Die Durchsetzung des Agentengesetzes

Trotz erheblichen staatlichen »Pressings«, der »Überprüfung« von mehr als 700 NGOs in ganz Russland durch Staatsanwaltschaft, Justizministerium, Finanzamt und eine Reihe anderer Behörden ab dem Frühjahr 2013, hatte sich im Frühjahr 2014 erst eine NGO als »ausländischer Agent« im entsprechenden Register des Justizministeriums eintragen lassen (<http://unro.minjust.ru/NKOForeignAgent.aspx>). Alle anderen, selbst diejenigen NGOs, die von den Behörden als »Agenten« eingestuft und teilweise mit empfindlichen Geldstrafen belegt worden waren, weigerten sich und weigern sich bis heute. Viele NGOs klagten und klagen sowohl gegen das Gesetz als auch gegen die »Überprüfungen« und die aus ihnen von den Justizbehörden abgeleiteten Bescheide und Anweisungen vor russischen Gerichten, aber auch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Eine Entscheidung des russischen Verfassungsgerichts hat die »Agentenparagraphen« für verfassungskonform erklärt, wenn auch einige Einzelbestimmungen, darunter die zu Mindeststrafen, aufgehoben.

Im Juni 2014 beschloss die Staatsduma eine Verschärfung der »Agenten«-Paragraphen des NGO-Gesetzes. Seither hat das Justizministerium das Recht, NGOs auch ohne deren Zustimmung in das »Agenten«-Register einzutragen. Bis heute (21.10.2014) hat es 15 NGOs getroffen. Es ist damit zu rechnen, das weitere folgen werden. Justizminister Jurij Tschajka hat bereits 2013 im Föderationsrat von 24 NGOs gesprochen, die nach Ansicht des Ministeriums »Agenten« seien. Außerdem wurden 2013 und 2014 mehr als 40 NGOs von der Staatsanwaltschaft aufgefordert, sich vorsorglich als »Agenten« registrieren zu lassen, da sie Geld aus dem Ausland bekämen und Gefahr liefen, sich »politisch zu betätigen«.

Die Reaktionen der NGOs auf das Agentengesetz

Die praktischen Reaktionen der NGOs auf diesen staatlichen Druck sind unterschiedlich. Einige NGOs, wie

die Wahlbeobachter von »Golos«, haben sich als juristische Personen aufgelöst, oder sind, wie die »Juristen für Verfassungsrechte und Freiheit« dabei, sich aufzulösen (ein juristisch und administrativ nicht ganz einfacher und langwieriger Vorgang). Fast alle NGOs, die sich auflösen, haben aber erklärt, ihre Arbeit auch ohne juristischen Status fortsetzen zu wollen. Rechtlich ist das möglich. Praktisch werden diese NGOs auf zahlreiche neue Probleme treffen, wohl bis hin zur möglichen Kriminalisierung einzelner Personen.

Einige andere NGOs, darunter das Menschenrechtszentrum Memorial, machen weiter wie bisher. Sie fechten meist die Eintragung in das »Agentenregister« vor Gericht an (in der Regel ohne besonderen Erfolg). Das Menschenrechtszentrum Memorial aber auch einige andere NGOs wollen bis zum EGMR gehen, unter anderem, weil sie das Gesetz insgesamt für unmoralisch und verfassungswidrig hält.

Eine weitere Reaktion ist eine Art Hase-und-Igel-Spiel mit den Behörden. Das kann sich in einem Geflecht von unterschiedlichen NGOs ausdrücken, die unterschiedliche Funktionen wahrnehmen. Eine NGO macht politische Erklärungen und betreibt Lobbying. Ihre Aktivist/innen arbeiten ausschließlich ehrenamtlich. Eine andere bekommt ausländische Finanzierung für Projekte, die auch nach der Definition von Staatsanwaltschaft und Justizministerium nicht »politisch« sind. Wieder andere NGOs weichen auf Organisationsformen (juristische Personen) jenseits des NGO-Gesetzes aus, die dann nicht den »Agentenparagraphen« unterliegen.

Der Vorstoß gegen Memorial

Allerdings beschränkt sich die staatliche Behinderung und Bedrohung von NGOs nicht auf das relativ neue Agentengesetz. Alle anderen, länger erprobten administrativen bis strafrechtlichen Instrumente bleiben ebenfalls im Einsatz. Jüngstes und bekanntestes, aber bei weitem nicht einziges Beispiel ist der Schließungsantrag des Justizministeriums vor dem Obersten Gericht gegen »Memorial Russland«. »Memorial Russland« ist ein Netzwerk aus rund 50 regionalen und thematischen Memorial-Organisationen und selbst eine von mehr als 60 Mitgliedsorganisationen von »Memorial International« (Zum Memorial-Netzwerk siehe: <http://russland.boellblog.org/2014/10/11/wie-funktioniert-memorial-ein-kleiner-wegweiser-durch-eine-zugegeben-komplizierte-struktur/>). Bei einer der regelmäßigen Prüfungen stellte das Justizministerium Anfang 2012, also vor Beginn der jetzigen Repressionswelle gegen NGOs, fest, dass die seit Gründung der Organisation geltende konföderative Struktur von »Memorial Russland« »nicht dem Gesetz entspreche« und geändert werden müsse. Insbesondere behagt dem Justizministerium nicht, dass die Mehrzahl der Mitgliedsorganisationen von »Memorial Russland« ihrerseits eigenständige juristische Personen sind. »Memorial Russland« müsse sich zentralistisch organisieren und die regionalen Memorial-Organisationen zu Filialen werden. Ohne hier ins Detail gehen zu können, würde das aber zu weiteren Problemen führen, die wiederum die Schließung von Memorial durch das Justizministerium zum Ergebnis hätten. Memorial sucht einen Ausweg, das Justizministerium betreibt die Schließung. Viele NGOs haben Probleme mit der Feuerwehr, dem Gesundheitsamt oder der Arbeitsschutzbehörde. Beliebt ist in jüngster Zeit auch die Kündigung von Mietverträgen (so unlängst geschehen bei »Golos« und der »Bewegung für Menschenrechte«).

Soziale und politische NGOs?

Seit dem Frühjahr zeichnet sich noch ein weiterer Angriff auf unabhängige und staatskritische NGOs ab. Der von Michail Fedotow geleitete Zivilgesellschaftsrat beim Präsidenten berät seit einiger Zeit eine erneute Änderung des NGO-Gesetzes. Er schlägt vor, die Agentenparagraphen abzuschaffen und dafür, um den Befürchtungen des Kremls auf politische Einflussnahme (nicht nur aus dem Ausland) Rechnung zu tragen, künftig eine Einteilung von NGOs in »soziale« und »politische« vorzunehmen. »Soziale« NGOs sollen diesen Vorschlägen nach künftig steuerlich begünstigt sein und staatliche Zuwendungen erhalten können. »Politische« NGOs werden hingegen von staatlicher Förderung ausgeschlossen und sollen auf alle Zuwendungen, insbesondere aber auf Zuwendungen aus dem Ausland einen noch festzulegenden Steuersatz zahlen. Die Befürworter dieser im Übrigen im Zivilgesellschaftsrat nicht unumstrittenen Initiative verweisen darauf, dass so die heute als »Agenten« verfolgten NGOs eventuell noch gerettet werden könnten, während staatliche Förderung aller anderen verstärkt würde. Ein Gewinn also für alle Beteiligten. Tatsächlich verbirgt sich hinter dem Vorschlag aber eine gefährliche Tendenz zur Entsolidarisierung in der NGO-Szene, wie sie auch anderswo schon länger zu beobachten ist.

Über den Autor

Jens Siegert ist Diplompolitologe und leitet seit 1999 das Länderbüro Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Davor arbeitete er in Moskau als Korrespondent für Radiostationen, Zeitschriften und Zeitungen im deutschsprachigen Raum.

Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Lesetipps

- Siegert, Jens: Putin und die Zivilgesellschaft, in: Russland-Blog (Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau), 12. 06. 2013; <http://russland.boellblog.org/2013/06/12/putin-und-die-zivilgesellschaft/>.
- Siegert, Jens: Über ein Jahr »NGO-Agenten«-Jagd – eine Art Zwischenbericht, in: Russland-Blog (Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau), 4. Juni 2014; <http://russland.boellblog.org/2014/06/04/ueber-ein-jahr-agenten-jagd-eine-art-zwischenbericht/>.
- Siegert, Jens: Russische »NGO-Agentenjagd« – eine Zwischenbilanz, in: Russland-Blog (Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau), 7. Juni 2013; <http://russland.boellblog.org/2013/06/07/russische-ngo-agentenjagd-eine-zwischenbilanz/>.
- Siegert, Jens: Erklärung Permer NGOs, warum sie sich unter keinen Umständen als »ausländische Agenten« registrieren lassen, in: Russland-Blog (Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau), 26. Mai 2013; <http://russland.boellblog.org/2013/05/26/erklarung-permer-ngos-warum-sie-sich-unter-keinen-umstanden-als-auslandische-agenten-registrieren-lassen/>.
- Siegert, Jens: Memorial: »NGO-Agentengesetz« ist ungesetzlich und unmoralisch. Keine freiwillige Registrierung als »ausländischer Agent«, in: Russland-Blog (Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau), 22. September 2013; <http://russland.boellblog.org/2012/09/22/memorial-ngo-agentengesetz-ist-ungesetzlich-und-unmoralisch-keine-freiwillige-registrierung-als-auslandischer-agent/>.
- Siegert, Jens: Sozialer Wandel und politische Dynamik in Russland 2011/12, in: Russland-Analysen, Nr. 245, 19. Oktober 2012; <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen245.pdf>.

ANALYSE

Ein Kaleidoskop des zivilgesellschaftlichen Engagements zur Unterstützung und Integration von Migranten in Russland

Marina Grinfeld, Michael Bellmann, Christina Huthmann und Kristina Arisov, Berlin

Zusammenfassung

Obwohl die Wirtschaft Russlands aufgrund der rückläufigen Bevölkerungszahl auf Migranten angewiesen ist, ist der Großteil der Bevölkerung des Landes Migranten gegenüber skeptisch und oft geradezu fremdenfeindlich eingestellt. Durch eine schlecht koordinierte staatliche Migrationspolitik ist die Lage der Arbeitsmigranten meist prekär. Initiativen aus der Zivilgesellschaft versuchen, die Situation der Migranten zu verbessern und leisten Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung sowie konkrete Hilfestellungen für Migranten. Die Arbeit solcher Aktivisten wird jedoch oftmals durch staatliche Einmischung erschwert.

Immigration nach Russland als gesellschaftliches Problem

Die widersprüchliche Migrationspolitik der russischen Regierung und die aufgeheizte Stimmung in der Bevölkerung haben 2013 zu vermehrten xenophoben Übergriffen auf Migranten aus dem Kaukasus und Zentralasien geführt (siehe beispielsweise die Unruhen in Birjuljowo im Oktober 2013). Diese Entwicklung wirft die Frage auf, welche Haltung die russische Zivilgesellschaft hierzu einnimmt. Gibt es zivilgesellschaftliche Initiativen, die dieser fremdenfeindlichen Stimmung entgegenwirken?

In der russischen Öffentlichkeit ist oft von einer Flut von Arbeitsmigranten aus den GUS-Staaten die Rede, doch in Wirklichkeit ist die Immigration nach Russland im internationalen Vergleich gering. Zudem zeigen Zahlen der Staatlichen Statistikbehörde »Rosstat«, dass die russische Wirtschaft aufgrund der demographischen Entwicklung in zunehmendem Maße Arbeitskräfte aus dem Ausland benötigt (bis 2030 – so die Prognose – soll die russische arbeitsfähige Bevölkerung um 10,3 Millionen Menschen abnehmen).

Trotzdem gibt es starke fremdenfeindliche Stimmungen, die sich gegen Immigranten aus Zentralasien und dem Kaukasus richten. Diese Ablehnung von Migranten hat zugenommen und schafft den Nährboden für Pogrome wie 2006 in Kondopoga, 2010 auf dem Moskauer Manegenplatz sowie 2013 in der Stadt Pugatschow und dem Moskauer Vorort Birjuljowo. Angst und Verachtung gegenüber Fremden ziehen sich durch alle Gesellschaftsschichten. Sie werden als Kriminelle und Illegale stigmatisiert, und nicht nur Nationalisten verwenden die Losung »Russland den Russen«, um Ras-

sismus zu schüren und die Stimmung gegen Migranten weiter anzuheizen.

Es gibt keine Migrationspolitik

Diese interethnischen Konflikte spiegeln sich auch im russischen Alltag wieder. Der durch den Föderalen Migrationsdienst praktizierte administrative und polizeiliche Umgang mit Migration ist nicht effektiv. Eine Stigmatisierung der Migranten als potenzielle Kriminelle und eventuelle Überlegungen zur Verschärfung des Migrationsgesetzes können die Probleme nicht lösen, die gerade auch auf kommunaler Ebene anfallen. Die nur situativen politischen Maßnahmen führen mitunter zu einer Verschärfung des Problems. Eine übergreifende Strategie existiert nicht, die Politik weiß auf die Migrationsfrage keine Antwort. Ein autoritäres, zentralisiertes System ist nicht im Stande, die regionalen Probleme dieses riesigen Landes zu lösen, deshalb liegt es vor allem an der Zivilgesellschaft, sich diesen Themen zu widmen.

Zivilgesellschaftliche Projekte: Aufklärungsarbeit

In Moskau und Sankt Petersburg gibt es verschiedene nichtstaatliche Projekte, die sich sowohl für mehr Toleranz, als auch für die Integration der Migranten einsetzen.

Einige von ihnen bestehen schon mehrere Jahre. Boris Romanow ist einer der Gründerväter eines zivilgesellschaftlichen Netzwerks zur Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund in Sankt Petersburg. Er arbeitet mit den unterschiedlichsten NGOs zusammen, die zu Themen wie Toleranz, Antirassismus, Homophobie, Antiziganismus und Antisemitismus arbeiten. Finanziert durch das Goethe-Institut rief er 2012 »Respekt« ins Leben, ein Comic-Projekt internationaler Künstler, mit dessen Hilfe Schüler ihr Denken über Fremde reflektieren und selbst in Frage stellen können. Laut Romanow scheitern solche Projekte oft an der Bürokratie der Kommunen. Durch das neue NGO-Gesetz gebe es kaum noch Kontaktmöglichkeiten zu staatlichen Schulen, erläutert Romanow, so dass eine Zusammenarbeit höchstens über einzelne Lehrer, nicht jedoch über die Schuldirektion möglich sei. Dies widerspreche dem Konzept zivilgesellschaftlicher Arbeit, die vor allem jedermann offen stehen will. Durch das geschlossene staatliche Schulsystem komme es selten zu einer Kooperation mit interessierten Lehrern. Die Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft ist unabdingbar, macht aber die Finanzierung der Projekte schwierig, da sie im Falle einer Unterstützung ausländischer Sponsoren unter das neue NGO-Gesetz fallen.

Im Zuge der neuen NGO-Gesetzgebung wurde das Antidiskriminierungszentrum »Memorial« in Sankt Petersburg geschlossen. Dessen ehemaliger Mitarbeiter Andrej Jakimow ist Anthropologe. Seine langjährige Arbeit mit ethnischen Minderheiten wie Sinti und Roma, Arbeitsmigranten und Staatenlosen macht ihn zu einem erfahrenen Koordinator der »Stiftung zur Unterstützung und Entwicklung von Bildungs- und Sozialprojekten« (»PSP-Fond«) in Sankt Petersburg. Auch für ihn zählt die aktive Aufklärungsarbeit zu den wichtigsten Punkten seines zivilgesellschaftlichen Engagements. Die juristische und psychologische Betreuung von Migranten stehen neben der Sensibilisierung der russischen Bevölkerung im Zentrum seiner Arbeit. Seiner Erfahrung nach interessieren sich die OSZE und die UNO nur marginal für diese Themen, also müssen die Probleme der Arbeitsmigranten auf nationaler Ebene gelöst werden. Seine Kontakte zu verschiedenen Netzwerken in den Auswanderungsländern helfen den Migranten, sich schon vor der Einreise nach Russland auf den Aufenthalt vorzubereiten. In der Zusammenarbeit von Staat und Experten sieht Jakimow eine Möglichkeit, eine effektive Migrationspolitik zu entwickeln.

Für die Verbesserung der Migrationspolitik

Ähnlich denken auch Wjatscheslaw Postawnin und Natalja Wlasowa, die die Stiftung »Migrazija XXI wek« (»Migration im 21. Jahrhundert«) gegründet haben. Sie selbst sind ehemalige Mitarbeiter des Föderalen Migrationsdienstes und kennen die staatliche Migrationspolitik von innen. Die Regierung unter Putin scheint keinerlei Lösungsansätze für die immer stärker zunehmende Xenophobie in Russland zu erarbeiten. In den fünf Jahren ihrer Existenz hat sich die Organisation in Moskau zu einem unabhängigen intellektuellen und wissenschaftlichen Zentrum entwickelt, das Vorschläge für die Verbesserung der staatlichen Migrationspolitik ausarbeitet. Diese Vorschläge werden oft von der Administration des Präsidenten berücksichtigt, jedoch nicht sofort und ohne Nennung der Urheberschaft. In Zusammenarbeit mit der Weltbank und dem Netzwerk »Mirpal« (»Migration and Remittance Peer-Assisted Learning«) erstellt die Organisation Statistiken zu den Migrationsströmen aus den GUS Staaten, die oftmals stark von den offiziellen Zahlen des Föderalen Migrationsdienstes abweichen.

Flüchtlingsarbeit

Die von Swetlana Gannuschkina, einer wichtigen Menschenrechtlerin in Russland, 1990 mitbegründete Organisation »Grashdanskoje sodejstwije« (»Bürgerhilfe«) beschäftigt sich nicht nur mit Arbeitsmigration, sondern zu vier Fünfteln mit Flüchtlingen. Es war die erste Organisation dieser Art in Moskau und wurde im Zusammenhang mit dem Konflikt um Berg-Karabach und dem Krieg in Tschetschenien gegründet, um den Flüchtlingen aus diesen Regionen zu helfen. Die Unterstützung

der Arbeitsmigranten umfasst juristische Konsultation und die Lösung administrativer Fragen z. B. bei nicht ausgezahlten Gehältern, Deportationen, Einreiseverboten. Die Organisation stellt juristischen Beistand bei unbegründeten Klagen gegen Migranten, hilft bei Klagen gegen Arbeitgeber wegen nicht ausgezahlter Löhne, führt ein Projekt gegen Hate Crimes durch und veranstaltet Spendenaktionen auf ihrer Webseite. Besonders die ärztliche Versorgung ist wichtig, da der staatliche Notdienst Migranten oft seine Hilfe verwehrt. »Grashdanskoje sodejstwije« arbeitet eng mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), der Internationalen Organisation für Migration (IOM), und mit dem Netzwerk »Migrazija i prawo« (»Migration und Recht«), einem Programm des Menschenrechtszentrums »Memorial«, zusammen. Obwohl in der offiziellen Rhetorik die Bedeutung der Migration für Russland unterstrichen wird (wie zum Beispiel in der »Konzeption der staatlichen Migrationspolitik 2025«), beobachtet man in der Praxis meist die stumme Hinnahme der Übergriffe auf Arbeitsmigranten. Nach dem Inkrafttreten des NGO-Gesetzes fand bei der Organisation eine Überprüfung durch die Staatsanwaltschaft statt. Ob und, wenn ja, wie dieses Projekt weiterlaufen wird, ist bis heute unklar.

Arbeit mit Flüchtlingskindern

Im Rahmen der Organisation »Bürgerhilfe« gibt es zudem ein »Zentrum für Integration und Unterricht für Flüchtlingskinder«, da das staatliche Programm, mit dem Kinder mit Migrationshintergrund Russisch lernen, nicht ausreichend ist.

Ähnlich wie ihre Kollegen aus Moskau arbeiten die Freiwilligen des zivilgesellschaftlichen Projekts »Deti Peterburga« (»Kinder von Petersburg«) mit Kindern, dessen Eltern aus den unterschiedlichsten Gründen nach Russland immigriert sind. Zwei Projektkoordinatoren der Organisation »[Wahl]Beobachter«, Daniil Ljubarow und Irina Beljaewa, haben 2012 »Deti Peterburga« gegründet. Angefangen mit einem Angebot von Russisch-Grundkursen für Vorschüler mit Migrationshintergrund, hat sich dieses Programm mittlerweile so weit entwickelt, dass Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre an sechs verschiedenen Standorten in Sankt Petersburg an Russischkursen teilnehmen können. Bis 2014 hatte es noch nicht einmal feste Räumlichkeiten gegeben, die Mitarbeiter der »Deti Peterburga« organisierten sich ausschließlich über soziale Netzwerke. Der virtuelle Raum verbindet diese Organisation auch mit anderen zivilgesellschaftlichen Projekten. So zieht das Projekt nicht nur politische Aktivisten an, sondern vor allem Pädagogen, Linguisten und Studenten, die die Kurse vorbereiten und durchführen. Der Aufbau von kreativen Zirkeln gehört genauso zur Arbeit von »Deti Peterburga« wie die Koordination von Ausflügen in die Umgebung, Museen oder Theatern. Das Projekt ist abhängig von seinen Teilnehmern. Die fehlenden Sprachkenntnisse der Eltern führen oft zu großen Kommunikationsproblemen. Aber auch die wechselnden und meist äußerst schwierigen Arbeitszeiten der Eltern erschweren die Durchführung des Projekts. Die städtische Bürokratie versucht, den Elan der Mitarbeiter zu bremsen. Auch deshalb bleibt das Projekt nichtstaatlich.

Fazit

Misstrauen gegenüber der Regierung, soziale Probleme und Alltagsrassismus bewegen immer mehr Menschen dazu, sich eigenständig mit der negativen Entwicklung beim Umgang mit Migranten zu beschäftigen. Aus Interviews mit den Mitarbeitern der verschiedenen Organisation lässt sich schließen, dass eine russische Zivilgesellschaft entstanden ist, die die Migrationsfrage einerseits als Arbeit mit der Mehrheits-, also russischen Bevölkerung betrachtet, um diese zu sensibilisieren. Anderseits gibt es Initiativen, die vor allem konkrete Hilfe für Migranten leisten, um deren alltägliche Probleme zu minimieren.

Die Zivilgesellschaft bemüht sich Vorurteile abzubauen, die Migrationspolitik realistischer zu machen und Migranten wie Flüchtlingen konkrete Hilfestellung zu geben. Die Behörden sabotieren diese Arbeit. In den Großstädten wird der Zuzug von Migranten restriktiv gehandhabt. Arbeitgeber wissen um den oft schwierigen Status der Migranten und nutzen die Situation aus, um die Migranten weiter auszubeuten. Die Arbeit der Zivilgesellschaft zur Sensibilisierung der russischen Bevölkerung wird durch die offizielle Politik oft konterkariert.

Über die Autoren

Im Rahmen des Projektkurses »Ziviler Ungehorsam: Gesellschaft und Staat in Osteuropa« reisten die Studierenden des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin Michael Bellmann und Kristina Arisov nach Moskau sowie Marina Grinfeld und Christina Huthmann nach St. Petersburg, um mit Aktivisten und Organisationen, die sich für die Integration von Migranten in Russland einsetzen, Interviews zu führen und die Position der Zivilgesellschaft zur Migrationsproblematik zu analysieren.

Lesetipps

- Judah, Ben: Russia's Migration Crisis, in: Survival, 55.2013, Nr. 6, S. 123–131.

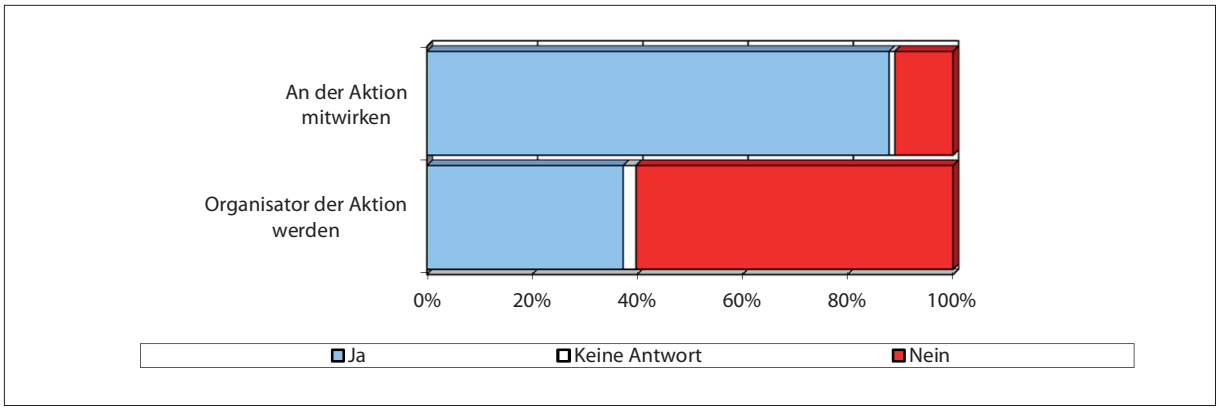
- Malakhov, Vladimir S.: Russia as a New Immigration Country: Policy Response and Public Debate, in: Europe-Asia Studies, 66.2014, Nr. 7, S. 1062–1079.
- Schenk, Caress: Controlling Immigration Manually: Lessons from Moscow (Russia), in: Europe-Asia Studies, 65.2013, Nr. 7, S. 1444–1465.
- Spahn, Susanne: Die gelenkte Xenophobie. Migration und nationale Frage in Russland: Russland nur für Russen?, in: Osteuropa, 64.2014, Nr. 7, S. 55–67.
- Tipaldou, Sofia, Katrin Uba: The Russian Radical Right Movement and Immigration Policy: Do They Just Make Noise or Have an Impact as Well?, in: Europe-Asia Studies, 66.2014, Nr. 7, S. 1080–1101.

UMFRAGE

Über die Zivilgesellschaft in Russland

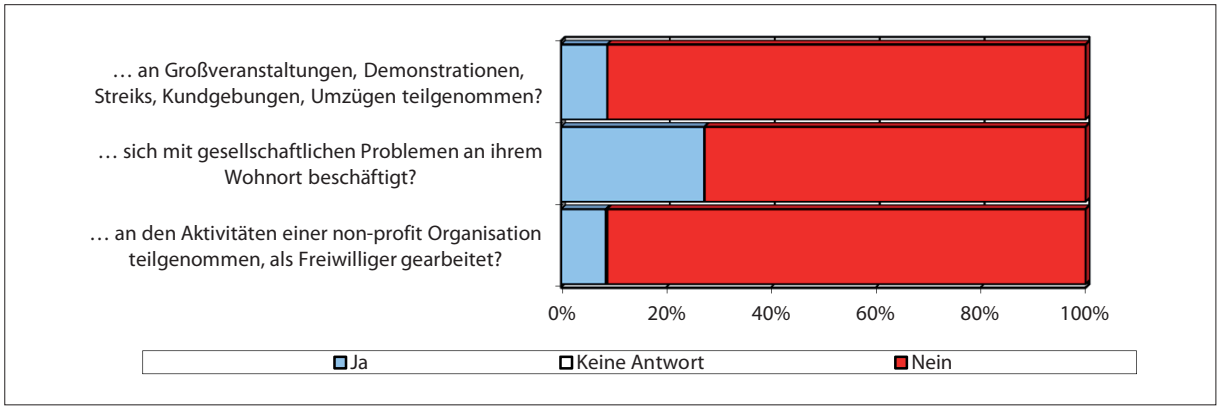
Zur zivilgesellschaftlichen und politischen Aktivität der Russen

Grafik 15: Stellen Sie sich vor, ihre Nachbarn schlagen eine gemeinsame Müllsammelaktion in der nahegelegenen Parkzone vor. Was wären Sie bereit, zu übernehmen?



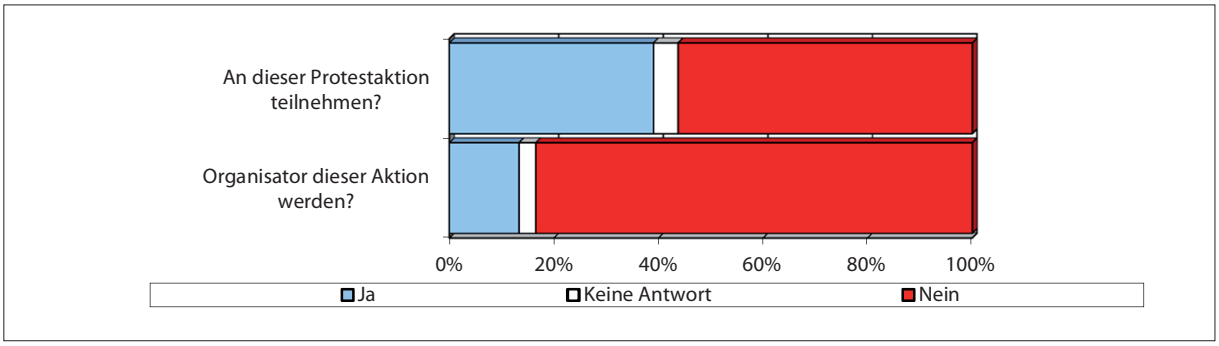
Quelle: Umfragen der »Stiftung öffentliche Meinung« vom 30.–31. August 2014, N = 1000. Veröffentlicht am 12. September 2014 unter: <http://fom.ru/Obraz-zhizni/11712>

Grafik 16: Haben Sie im vergangenen Halbjahr/Jahr …



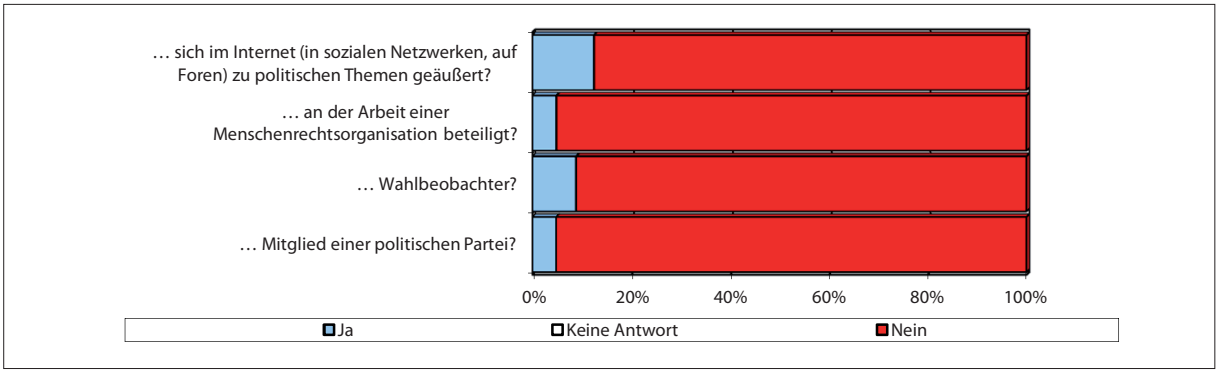
Quelle: Umfragen der »Stiftung öffentliche Meinung« vom 30.–31. August 2014, N = 1000. Veröffentlicht am 12. September 2014 unter: <http://fom.ru/Obraz-zhizni/11712>

Grafik 17: Stellen Sie sich vor, dass es an Ihrem Wohnort zu massenhaften Wahlfälschungen kommt. Irgendjemand ruft zur Durchführung von Protestaktionen gegen die Wahlfälschungen auf. Was würden Sie unternehmen?



Quelle: Umfragen der »Stiftung öffentliche Meinung« vom 30.–31. August 2014, N = 1000. Veröffentlicht am 12. September 2014 unter: <http://fom.ru/Obraz-zhizni/11712>

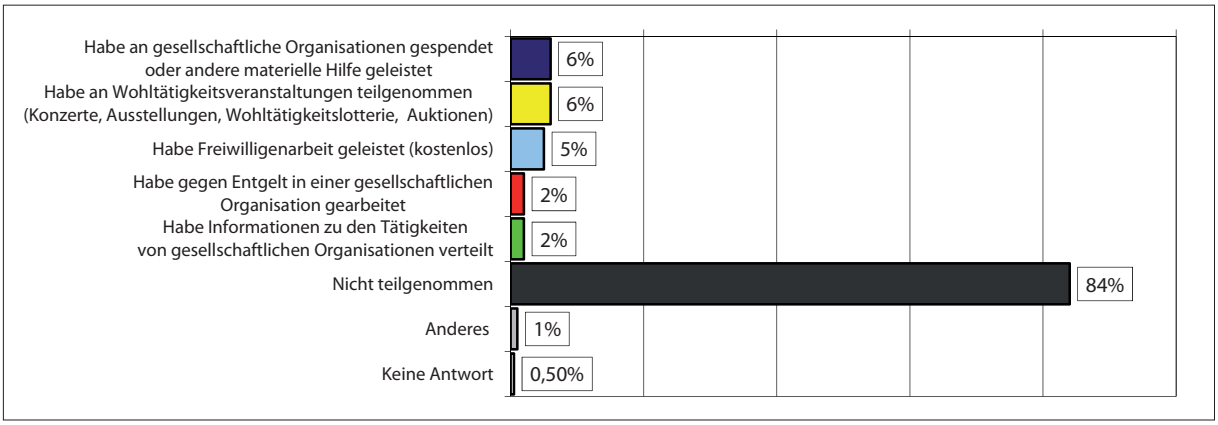
Grafik 18: Waren sie / Haben Sie sich in den vergangenen ein–zwei Jahren …



Quelle: Umfragen der »Stiftung öffentliche Meinung« vom 30.–31. August 2014, N = 1000. Veröffentlicht am 12. September 2014 unter: <http://fom.ru/Obraz-zhizni/11712>

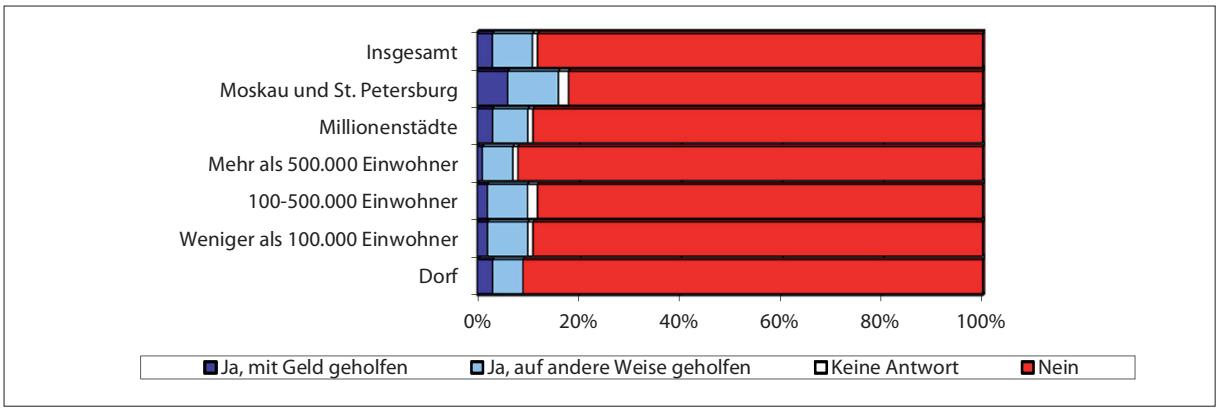
Zur gesellschaftlichen Aktivität

Grafik 19: Haben Sie persönlich in den vergangenen zwei–drei Jahren an der Tätigkeit einer gesellschaftlichen Organisation teilgenommen? Wenn ja, wie genau? (beliebige Zahl an Antworten)



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 5.–6. Juli 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 10. Oktober 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115017>

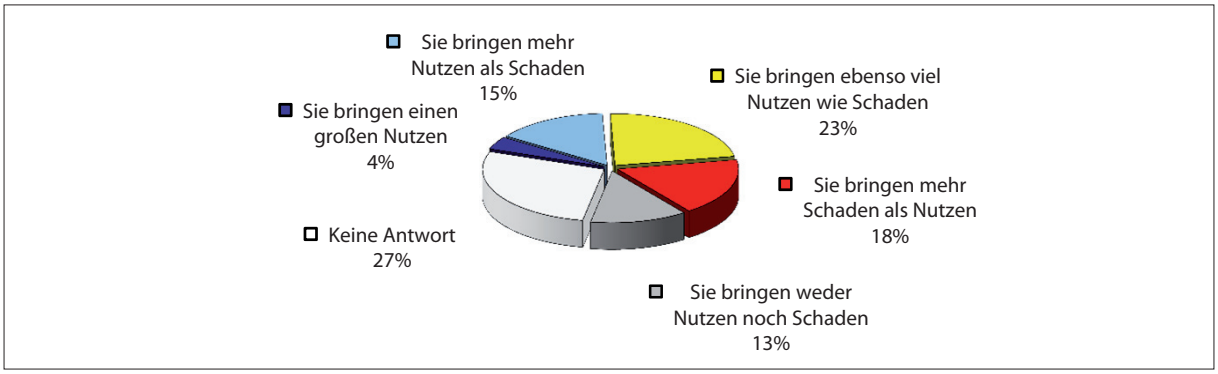
Grafik 20: Haben Ihnen irgendwann einmal gesellschaftliche Organisationen geholfen?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 5.–6. Juli 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 10. Oktober 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115017>

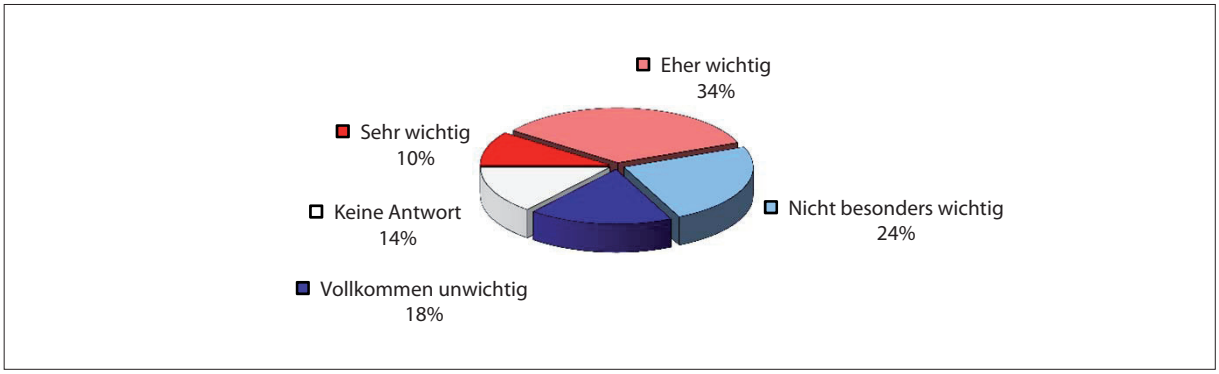
Die öffentliche Meinung zu NGOs mit ausländischer Finanzierung (April 2013)

Grafik 21: Mit welcher Meinung zur Tätigkeit russischer NGOs stimmen Sie am ehesten überein?



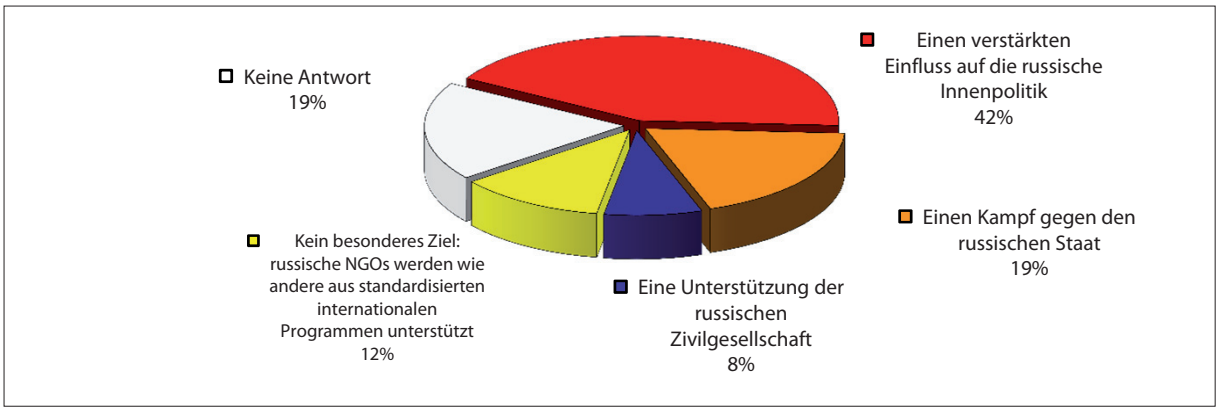
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 17. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/17-05-2013/obshchestvennoe-mnenie-ob-nko-s-inostrannym-finansirovaniem>

Grafik 22: Ist es für Sie wichtig, ob eine russische Menschenrechtsorganisation aus einheimischen oder ausländischen Mitteln finanziert wird?



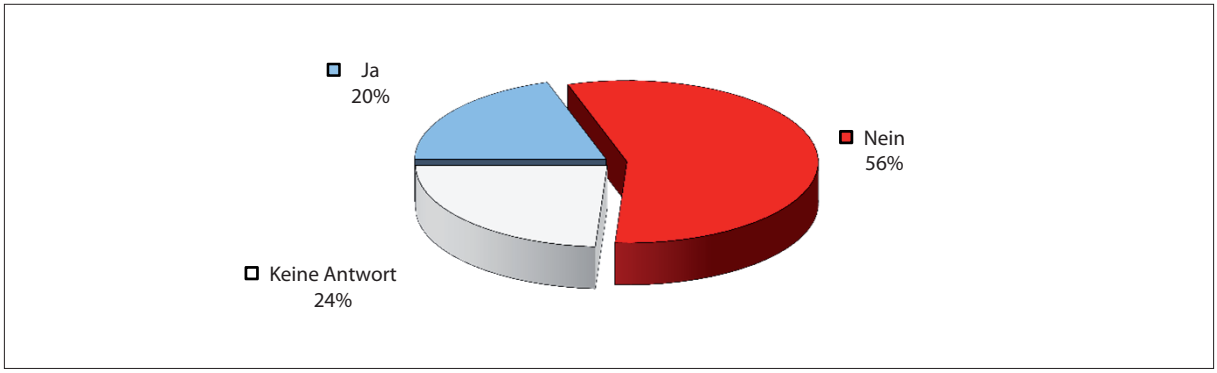
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 17. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/17-05-2013/obshchestvennoe-mnenie-ob-nko-s-inostrannym-finansirovaniem>

Grafik 23: Welche Ziele verfolgen westliche Länder und Organisationen, die russische NGOs mit Mitteln ausstatten?



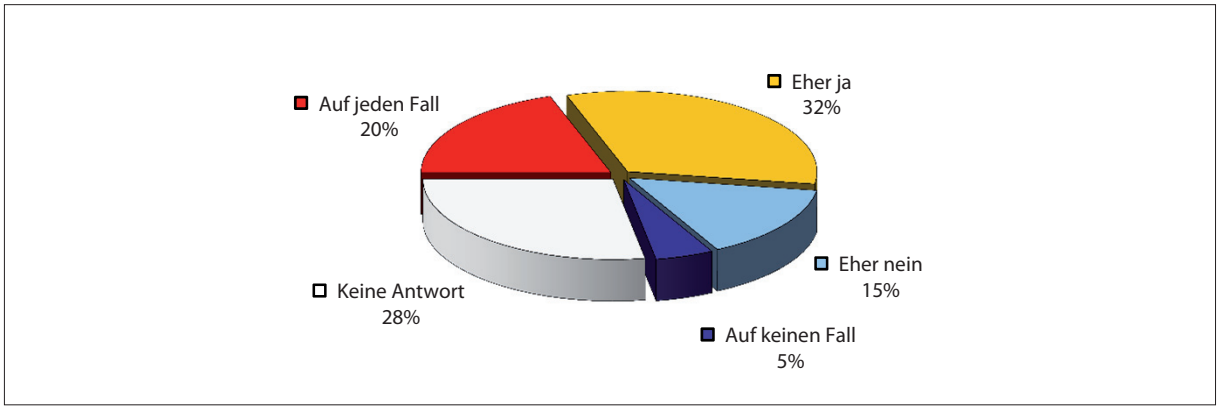
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 17. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/17-05-2013/obshchestvennoe-mnenie-ob-nko-s-inostrannym-finansirovaniem>

Grafik 24: Dürfen Organisationen, die sich mit dem Schutz der Bürgerrechte beschäftigen und den Staat kritisieren, das Recht haben, Mittel aus dem Ausland zu beziehen?



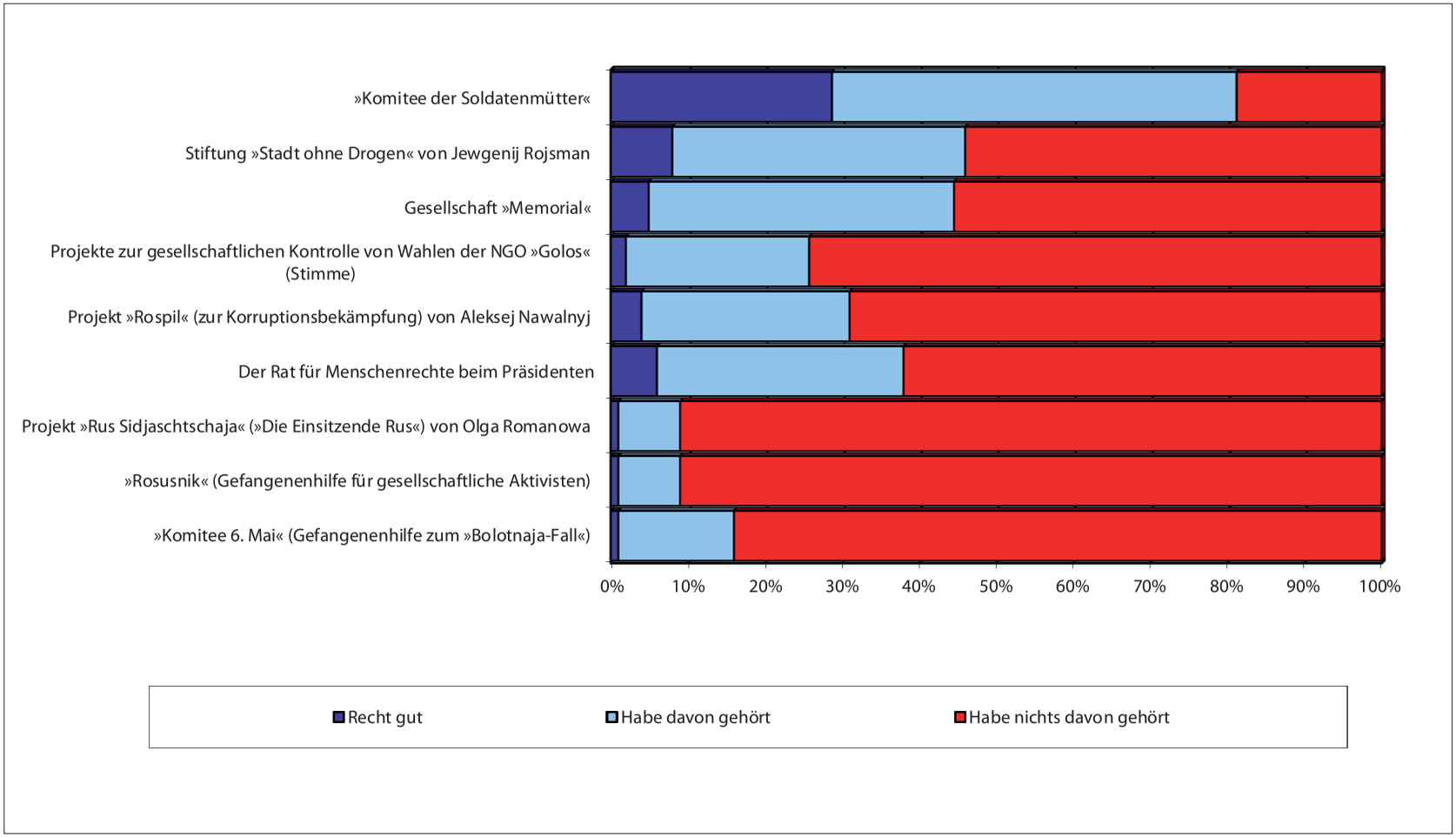
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 17. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/17-05-2013/obshchestvennoe-mnenie-ob-nko-s-inostrannym-finansirovaniem>

Grafik 25: Unterstützen Sie harte Sanktionen gegen NGOs, die einer politischen Tätigkeit nachgehen und Gelder aus dem Ausland erhalten, sich aber nicht nach dem Gesetz als »ausländische Agenten« registrieren?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 17. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/17-05-2013/obshchestvennoe-mnenie-ob-nko-s-inostrannym-finansirovaniem>

Grafik 26: Wie gut ist Ihnen die Tätigkeit folgender Organisationen bekannt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 19.–22. April 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 14. Mai 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/14-05-2013/osvedomlennost-o-nekommercheskikh-organizatsiyakh-i-doverie-lideram-oppozitsii>

DOKUMENTATION

Lügen des Fernsehkanals NTV und Beanstandungen des Justizministeriums

Erklärung des Menschenrechtszentrums MEMORIAL und der Russischen Gesellschaft MEMORIAL

Die Behauptung bei NTV, das russische Justizministerium habe die Liquidierung des Menschenrechtszentrums MEMORIAL eingeleitet, führte heute zu etlichen Irritationen. Das Menschenrechtszentrum und die Russische Gesellschaft MEMORIAL (die Dachorganisation der russischen Memorial-Verbände) haben aus diesem Anlass nachstehende Erklärung abgegeben.

Am 10. Oktober strahlte NTV unter dem Titel »Außergewöhnliches Ereignis« eine Sendung aus, die aus böswilligen Lügen, aber auch aus Fehlinformationen in Folge von Unkenntnis bestand.

Die Arbeit des Menschenrechtszentrums MEMORIAL als Unterstützung von Extremisten und Terroristen darzustellen, ist eine infame Lüge. Auf Unkenntnis basiert hingegen die Behauptung, das Justizministerium habe deshalb den Antrag gestellt, das Menschenrechtszentrum MEMORIAL zu liquidieren.

In Wirklichkeit hat das Justizministerium beim Obersten Gericht der Russischen Föderation nicht die Auflösung des Menschenrechtszentrums MEMORIAL beantragt. Es geht hier vielmehr um eine andere Organisation, nämlich die Russische Gesellschaft für historische Aufklärung, soziale Fürsorge und Menschenrechte MEMORIAL.

Die russische Gesellschaft MEMORIAL wurde vom Justizministerium bereits 1992 registriert. Bis heute befinden sich unter ihrem Dach verschiedene Memorial-Verbände, die in verschiedenen russischen Regionen tätig sind und sich mit Menschenrechtsarbeit, sozialer Fürsorge und historischer Aufklärung befassen.

Im Jahre 2012, 20 Jahre nach der ersten Registrierung, tauchten beim Justizministerium plötzlich Zweifel hinsichtlich des russischen Rechtsstatus von Memorial auf, obwohl der Gesellschaft praktisch dieselben regionalen Verbände angehören wie zuvor und sich die Gesetzeslage in dieser Frage in keinem Punkt geändert hatte.

Geändert hat sich allerdings die Position des Justizministeriums, das erneut einen »demokratischen Zentralismus« anstrebt, der nach der Abschaffung der führenden Rolle der KPdSU nicht mehr aktuell schien. Heute erklärt das Justizministerium, nur jene gesellschaftlichen Vereinigungen könnten der Russischen Gesellschaft MEMORIAL angehören, die in ihrer Bezeichnung die Worte »Verband (otdelenie) der Russischen Gesellschaft für historische Aufklärung, Sozialarbeit und Menschenrechte MEMORIAL« tragen.

Die gesetzliche Vorschrift, dass eine Organisation nur dann einen gesamtrussischen Status haben kann, wenn sie in über der Hälfte der Föderationssubjekte Verbände unterhält, legt das Justizministerium jetzt dahingehend aus, dass diese Verbände zwangsläufig einen Status als Regionalverbände haben müssten. Das Vorhandensein von Stadt- und Bezirksverbänden einer Organisation reicht die Beamten als Beleg dafür nicht aus, dass die Organisation in der betreffenden Region tätig ist.

Die Vorbehalte des Justizministeriums entbehren jeglicher Grundlage. Nicht zufällig erhielten wir auf Anfragen keine Hinweise auf eine Gesetzesnorm. Es ist für uns inakzeptabel, dass das Justizministerium das von der Verfassung garantierte Recht von Bürgern, eine Vereinigung zu bilden, gesetzwidrig einschränken will. Deshalb hat sich die Russische Gesellschaft MEMORIAL bereits 2012 entschlossen, vor Gericht zu gehen.

Einen Hinweis auf ein Gesetz haben wir auch nicht erhalten, als wir 2013 die Forderungen des Justizministeriums im Moskauer Zamoskvorezki-Bezirksgericht und danach im Stadtgericht angefochten haben. Beide Instanzen gaben, wie nicht anders zu erwarten, dem Justizministerium Recht. Deshalb wird die Russische Gesellschaft MEMORIAL in Kürze Klage beim Verfassungsgericht einreichen.

Was den Antrag des Justizministeriums betrifft, so hoffen wir, dass das Oberste Gericht bei Behandlung dieses Antrags dem Gesetz und der Verfassung mehr Respekt entgegenbringen wird als die untergeordneten Gerichtsinstanzen.

10. Oktober 2014

Quelle: Website von Memorial Deutschland <http://www.memorial.de/index.php?id=42&tx_ttnews[tt_news]=546&tx_ttnews[backPid]=3&cHash=5bbe9b235a03fe09cba52ed5c8786b99>

NOTIZEN AUS MOSKAU

Petersburger Dialog

Jens Siegert, Moskau

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob ein (egal, ob nun willentlich oder nicht) an die Öffentlichkeit gelangter Brief einiger regelmäßiger Teilnehmer des Petersburger Dialogs (PD) aus den Reihen deutscher NGOs an Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier die Verschiebung des für Ende Oktober in Sotschi geplanten großen Jahrestreffens verursacht hätte. In dem Brief bekräftigten die Autoren ihre nicht neue Kritik am PD und erklärten, warum sie dieses Jahr nicht teilnehmen würden. Sie betonen, dass die Absage kein Boykott sei und bieten ihrerseits einen Dialog zur Reform des Dialogs an. Auf den zweiten Blick war der Brief selbstverständlich nur Anstoß, aber nicht Grund für die Verschiebung. Doch der Reihe nach.

Die in dem Brief geäußerte Kritik am PD ist, wie gesagt, nicht neu; sie hat sie den PD von Anfang an begleitet. Das liegt sicher auch an einem bis heute nicht korrigierten Geburtsfehler. Ein durch Staats- und Regierungschefs initiierter »Dialog der Zivilgesellschaften« ist schon etwas verquer. Das heißt nicht, dass das nicht gehen könnte. Doch dazu hätten sich die hochgestellten Initiatoren (der damalige russische Präsident und der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder) und ihre (Interims-)Nachfolger später zurückziehen müssen. Das haben sie nicht. Daran sind sie nicht (allein) Schuld. Es war der PD, der durch seine Lenkungsorgane die enge zeitliche und örtliche Verbindung mit den deutsch-russischen Regierungskonsultationen und die zeitweilige Anwesenheit von Präsident und Kanzler/in zum Grundstein seiner Wirkungsmächtigkeit erklärte.

Auf deutscher Seite wurde versucht, dieses Problem organisatorisch, sozusagen öffentlich-rechtlich zu lösen, indem möglichst alle interessierten politischen Spektren und gesellschaftlichen Gruppen am sogenannten Lenkungsausschuss beteiligt wurden. Das gelang zumindest so gut, dass es, soweit mir bekannt, bis heute keine größeren Klagen über Nichtberücksichtigung oder Nichtbeteiligung gab. Aber die Bundesregierung behielt weitgehenden Einfluss, nicht zuletzt über den alljährlich sechsstelligen Zuschuss für die Durchführung der Jahrestreffen. Außerdem wurde der jeweilige Vorsitzende des deutschen Lenkungsausschusses zwar nach Abstimmungen mit den Beteiligten, aber letztlich durch den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin bestimmt.

In Russlands ist die Sache einfacher: Von Anfang an wurde und wird gemacht wird, was der Kreml will. Schon der erste Vorsitzende des russischen Lenkungsausschusses Michail Gorbatschow (immerhin selbst ein ehemaliger Präsident) war, wie er selbst einmal bekannte, nicht mehr als ein – schöne Rückübertragung aus dem Russischen! – »Sitz-Präsident«. Der jetzige Vorsitzende Wiktor Subkow war Datschennachbar von Putin, erster stellvertretender Ministerpräsident und ist nun Aufsichtsratsvorsitzender von Gazprom.

Die Kritik, dass nur eine Simulation eines »zivilgesellschaftlichen Dialogs« stattfinde, wurde von einigen deutschen Teilnehmern bereits auf dem ersten Jahrestreffen des PD im April 2001 in St. Petersburg geäußert: Es fehlten auf russischer Seite (in der seinerzeit noch vereinigten Arbeitsgruppe »Politik und Zivilgesellschaft«) Vertreter russischer NGOs. Die Kritik kam an. In Russland führte sie (ohne dass ich hier jetzt ausführen kann, wie) zum ersten Versuch des Kremls, auch unabhängige NGOs in das korporative System der gelenkten Demokratie zu zwingen. Der Versuch misslang weitgehend und mündete in einer Art Waffenstillstand und der Gründung eines »Menschenrechtsrats beim Präsidenten« unter Einbeziehung von Vertretern unabhängiger NGOs. Beim PD wurde die Arbeitsgruppe »Politik und Zivilgesellschaft« in ihre zwei Namensbestandteile geteilt, und es gelang über die Jahre, in immer wieder unternommenen Anstrengungen, auch die Teilnahme unabhängiger russischer NGO-Vertreter durchzusetzen. Etwas später wurde diese Teilnahme sogar vorsichtig institutionell abgesichert, indem erst Ella Pamfilowa und später ihr Nachfolger Michail Fedotow als Vorsitzende des inzwischen zum »Zivilgesellschaftsrat« umbenannten »Menschenrechtsrats« zu den russischen Koordinatoren der Arbeitsgruppe »Zivilgesellschaft« mit Einladungsrecht wurden (wobei die Einladungen selbstverständlich mit der Präsidentenadministration abgestimmt werden müssen). Das ist bis heute so.

Die Verfasser des Briefes (zu denen, ich bekenne mich, auch ich gehöre), allesamt langjährige Teilnehmer der Jahrestreffen des PD, haben all die Jahre immer wieder, auch öffentlich, über den Sinn und Unsinn ihrer Teilnahme und Unterstützung diskutiert. Letztendlich überwogen die ganze Zeit über zwei Überlegungen: Erstens ist ein Dialog, auch und gerade auf offizieller Ebenen und mit offiziellen Vertretern des russischen Staates (wie auch mit Wissenschaftlern, Unternehmern, Journalisten, Priestern usw., welcher politischen Couleur auch immer sie sein mögen), erst einmal besser als kein Dialog. Zweitens gingen wir all die Jahre davon aus, dass die nicht ohne Mühen erreichte Teilnahme unabhängiger russischen NGO-Vertreter für sie, ihre Organisationen, aber auch die russische NGO-Szene insgesamt zumindest einen kleinen zusätzlichen Schutz gegen die

seit Putins Amtsantritt immer wieder über das Land gehenden Repressionswellen bietet.

1. Was hat sich dieses Jahr geändert? Erst einmal nicht so viel gegenüber dem Vorjahr. Es war schon immer, siehe oben, eine schwierige Abwägung, ob die Teilnahme am PD sich lohnt oder nicht vielmehr dazu beiträgt, so zu tun, als gäbe es in Russland die uneingeschränkte und ungefährdete Möglichkeit, sich zivilgesellschaftlich auch dort zu engagieren, wo es dem Staat weh tut. Zwei Ereignisse haben nun aber, zumindest für die Autoren des Briefes, das Pendel zur anderen Seite ausschlagen lassen: Die Konfrontation zwischen dem Westen (ich weiß um die Bedingtheit des Begriffs, verwende in der Kürze halber aber trotzdem) und Russland im Konflikt in der und um die Ukraine ist nicht einfach die Fortsetzung schon länger existierender »Meinungsverschiedenheiten«. Sie ist tiefer und prinzipieller. Es geht eben im Kern nicht in erster Linie um Geopolitik sondern wieder einmal um, ich fürchte hier weder den Pathos noch historische Analogien, Freiheit und Demokratie in Europa.
2. Die Repressionen gegen russische NGOs, unsere prinzipiellen Partner in der Verteidigung von Demokratie und Freiheit, haben mit dem sogenannten »NGO-Agentengesetz« eine neue Qualität erreicht. 15 NGOs sind inzwischen zwangsweise zu »ausländischen Agenten« erklärt worden, anderen droht die Schließung aufgrund anderer Gesetze. Einige von ihnen waren sogar zum nun verschobenen Treffen in Sotschi eingeladen. Sie mussten sich Gedanken machen, ob eine Zusage oder eine Absage ihnen nicht schaden könnte.

Unter diesen Umständen halten die Verfasser des Briefes ihre Teilnahme am PD für nicht mehr möglich. Sie fordern keinen Boykott, wohl aber ein Nachdenken über eine tiefgreifende Reform.

Der Vorsitzende des deutschen Lenkungsausschusses, Lothar de Maiziere, hat in einem eigenen offenen Brief geantwortet und den Verfassern vorgeworfen, den Dialog verweigern und politisieren zu wollen. Diese (Gegen-) Klage scheint mir angesichts der vielfältigen Verbindungen und Dialogformen, die die Organisationen hinter den Unterzeichnern des Briefes seit vielen Jahren und oft länger als der PD organisieren, an denen sie teilnehmen und die sie fördern, nicht sonderlich stichhaltig. Doch die Auseinandersetzung geht tiefer. De Maiziere behauptet in seinem Brief, der PD mache bereits all das, was die Kritiker fordern. Genau das bezweifeln diese aber. Die Auseinandersetzung geht also und vor allem darum, was ein fruchtbarer Dialog zu leisten im Stande sein kann und leisten sollte. Sie geht aber auch darum, ob dieser Dialog zwischen zwei Gesellschaften stattfindet, nach dem Motto, hier die eine, dort die andere, oder ob sich die Seiten bei diesem Dialog ineinander verschränken.

Die Verfasser des Briefes sind ganz offensichtlich mit ihrer Kritik nicht allein. Schon bevor der Brief öffentlich bekannt wurde hatten die Bundestagsabgeordneten Andreas Schockenhoff (CDU/CSU) und Marieluise Beck (Bündnis 90/ Die Grünen) in öffentlichen Stellungnahmen Ähnliches gefordert und auch ihre Nicht-Teilnahme erklärt. Etwas später wurde bekannt, dass auch der Russland-Beauftragte der Bundesregierung Gernot Erler nicht nach Sotschi fahren wollte. Mehr noch. Bereits seit dem Frühsommer gab es Gespräche zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt mit dem Ziel, den PD sowohl personell als auch strukturell zu reformieren. Allerdings setze sich augenscheinlich die Sichtweise des Auswärtigen Amtes durch, alles vorerst beim Alten zu belassen, da es auch so schon genug Probleme im deutsch-russischen Verhältnis gebe und man diesen Kanal nicht auch noch belasten oder gar gefährden solle.

Doch zum Herbst hat sich die Situation noch einmal verändert. Die Hoffnung, die russische Führung um Präsident Putin werde im Krieg in der Ostukraine einlenken, ist selbst im Auswärtigen Amt bis in die Spitze kaum noch zu finden. Im Sommer bekam das russische Justizministerium zudem per erneuter Gesetzesänderung das Recht, NGOs zwangsweise zu »Agenten« zu erklären, und macht seither rege Gebrauch davon. Eine ganze Reihe russischer NGOs steht vor der Schließung oder löst sich auf, weil ihnen die vom Gesetz geforderte Selbstetikettierung als »ausländische Agenten« ethisch, rechtlich und praktisch unmöglich ist.

Es sieht so aus, als hätten die Verfasser des Briefes nur eine Tür geöffnet, hinter der andere, darunter die Kanzlerin, nur darauf gewartet haben, durch sie hindurch gehen zu können, ohne selbst der Türöffnung geziehen zu werden.

Ein wenig verwundert die erstaunlich milde russische Reaktion. Nach der kurzen Drohung, eine Verschiebung bedeute das Ende des PD, lenkte Putin im Telefonat mit Merkel ein und fand tags darauf sogar öffentlich verständnisvolle Worte für die »Probleme der deutschen Seite«. Das dürfte zwei Gründe haben. Der eine ist, dass trotz des häufiger gewordenen Deutschland-Bashings im russischen Staatsfernsehen (mit dem Ergebnis, dass in Umfragen Deutschland aus der Kategorie »Freund« in die Kategorie »Feind« abgerutscht ist) Deutschland im Kreml immer noch als wichtigster, »strategischer« Partner im Westen und vor allem in der EU gilt. Zudem ist Deutschland zweifellos ein Land, dessen öffentliche Meinung (und damit Politik) aus russischer Sicht durchaus beeinflussbar ist (was z. B. die kolportierten rund

140 Millionen US-Dollar zum Aufbau eines deutschsprachigen Programms des staatlichen Auslandsfernsehens »Russia Today« zeigen).

Der andere liegt in einem erneuten Strategiewechsel (oder, weniger ambitioniert, Wechsel der Taktik) im Ukraine-Konflikt. Die Sanktionen beißen inzwischen kräftig. Die Rhetorik wurde daher gemildert. Der Kreml ist ganz auf Frieden und, dieser Ausdruck aus dem Sport sei erlaubt, Ergebnissicherung, bedacht (was übrigens Putins grundsätzlicher Taktik auch im Inneren Russlands entspricht, erst hart zuzuschlagen, dann eine Schritt zurück zu gehen und einen Kompromiss zu suchen, nach dem es für seine Gegner nachher schlechter steht als vorher). Neues Ziel scheint nun also zu sein, die »Errungenschaften« Krim (als Teil Russlands) und »Neurussland« (als neuen »Frozen Conflict«) zu fixieren und trotzdem mit dem Westen, wenn schon nicht gutfreund zu werden, so doch zumindest erneut zu einem einigermaßen verträglichen Modus Vivendi zu gelangen. Das Gas dürfte, nach den Mailänder Gesprächen und bei allem Geknurre, im Winter strömen und auch im Nahen Osten stellt Moskau weniger Widerspenstigkeit in Aussicht.

Was heißt das für die Zukunft des PD? Erstmal ist sie offen. Zuerst muss sich die deutsche Seite neu ordnen (hier hat Putin sogar Recht). Nachdem sich Angela Merkel persönlich um eine russische Akzeptanz für die Verschiebung von Sotschi bemüht hat, kann ich mir allerdings nicht vorstellen, dass es in einigen Wochen oder Monaten ein Zurück zum *status quo ante* gibt. Ob und wie sich ein neu aufgestellter deutscher Lenkungsausschuss mit einem neuen Konzept mit der russischen Seite verständigen kann, lässt sich momentan kaum voraussagen. Es ist zwar einen Versuch wert, hängt aber wohl sehr von der dann herrschenden politischen Großwetterlage ab.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

Lesetipp

- Pörzgen, Gemma: Dringend reformbedürftig. Der Petersburger Dialog auf dem Prüfstand, in: Osteuropa, 60.2010, Nr. 10, S. 59–81.

DOKUMENTATION

Briefwechsel über die Zukunft des »Petersburger Dialogs«

Schreiben von Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen an die Bundeskanzlerin und den Außenminister zum »Petersburger Dialog«, 2. Oktober 2014 [nachträglich veröffentlicht]

Berlin, 02. Oktober 2014

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Außenminister,

als Personen, die sich seit vielen Jahren intensiv im zivilgesellschaftlichen Dialog mit Russland engagieren, wenden wir uns mit diesem Schreiben an Sie, um zu erläutern, warum wir uns in diesem Jahr nicht am Petersburger Dialog beteiligen können. Zugleich möchten wir für eine Erneuerung des Petersburger Dialogs werben.

In Reaktion auf die politische Wende in der Ukraine, die durch eine breite gesellschaftliche Protestbewegung hervorgerufen wurde, hat die russische Führung völkerrechtswidrig die Krim annektiert und einen unerklärten Krieg neuen Typs im Osten der Ukraine begonnen. Zugleich betreibt die Regierung unter Präsident Putin die systematische Ausschaltung der letzten unabhängigen Medien in Russland, die Kriminalisierung aller Formen politischer Opposition und die Diskreditierung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen als »ausländische Agenten«. Mittlerweile wurden 12 russische Nichtregierungsorganisationen vom russischen Justizministerium zwangsweise auf die Liste »ausländischer Agenten« gesetzt und sind daher zukünftig verpflichtet, sich bei jeder öffentlichen Äußerung wahrheitswidrig selbst als solche zu bezichtigen. Zehn dieser Organisationen spielen in der deutschrussischen zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit seit Jahren eine wichtige Rolle, einige von ihnen haben mehrfach am Petersburger Dialog teilgenommen. Gegen einige von ihnen sind bereits existenzbedrohende Strafgelder wegen Verstoßes gegen das sog. Agentengesetz verhängt

worden. Es drohen Organisationsschließungen und die Kriminalisierung der Vorstände. Unter diesen inneren und äußeren Bedingungen können wir uns nicht an einer Neuauflage des Petersburger Dialogs in der bisherigen Form beteiligen.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Außenminister,

der seinerzeit von Bundeskanzler Schröder und Präsident Putin initiierte Petersburger Dialog konnte die ihm zugedachte Aufgabe, zu einer Vertiefung und Verbreiterung der gesellschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschland und Russland beizutragen, auch in den vergangenen Jahren nur sehr bedingt erfüllen. Dies lag vor allem an der starken Nähe des Führungspersonals auf der russischen Seite zum politischen Machtzentrum im Kreml, die von Beginn an den Eindruck einer »von oben« inszenierten und kontrollierten Veranstaltung nährte. Doch auch auf deutscher Seite wird der Petersburger Dialog bis heute von Personen dominiert, die aus politischer und ökonomischer Opportunität dazu neigen, Kritik am Kurs der russischen Führung als Störung der »deutsch-russischen Freundschaft« zu betrachten. Zeitweise kam es zu der paradoxen Situation, dass kritische Äußerungen zu Menschenrechtsverletzungen in Russland oder zum Vorgehen des Kremls gegenüber Georgien aus den Reihen der deutschen Delegation als »Kalte-Kriegs-Rhetorik« verteufelt wurden. Nüchtern betrachtet, waren die kritischen Stimmen aus der russischen und deutschen Zivilgesellschaft in den letzten Jahren nur eine geduldete Minderheit, die dem Petersburger Dialog den Anschein von Pluralismus und offener Diskussion verschaffte. Ungeachtet dieser Kritik haben wir uns in der Vergangenheit am Petersburger Dialog beteiligt, da wir grundsätzlich jedes Dialogpotenzial nutzen wollen und uns von der gemeinsamen Beteiligung mit unseren Partnern aus der russischen Zivilgesellschaft eine politische Absicherung dieser Zusammenarbeit erhofften.

Diese ohnehin schwachen Hoffnungen wurden durch die Entwicklungen in diesem Jahr zerstört. Vertreter unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen, die auf der russischen Seite zum Petersburger Dialog eingeladen werden, sind angesichts der politischen und juristischen Bedrohung, der sie ausgesetzt sind, in ihrer Entscheidung über ihre Teilnahme nicht mehr frei. Wenn sie der Einladung nicht folgen, müssen sie weitere Repressalien befürchten. Uns, denen die Freiheit der Entscheidung gegeben ist, ist es nicht möglich, durch Teilnahme am Petersburger Dialog in Sotschi an der Aufstellung einer Potemkinschen Fassade namens »Dialog der Zivilgesellschaften« mitzuwirken, während die kritischen zivilgesellschaftlichen Gruppen in Russland als »Agenten« diskreditiert und vielfach drangsaliert werden.

Zugleich möchten wir unsere Bereitschaft unterstreichen, an einer Reform des Petersburger Dialogs in organisatorischer, inhaltlicher und personeller Hinsicht mitzuwirken. Eine solche Reform sollte darauf ausgerichtet sein, über die Auswahl der Formate, Themen und Teilnehmer die tatsächliche Lage der russischen Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken und einen offenen Dialog zu ermöglichen. Wir sind ganz damit einverstanden, dass gerade in kritischen Zeiten die Zusammenarbeit zwischen der russischen und deutschen Zivilgesellschaft gestärkt werden muss. Sofern der Petersburger Dialog in Zukunft dafür ein Forum bietet, werden wir uns gern daran beteiligen.

[Unterzeichner nicht veröffentlicht]

Quelle: Website der Böll-Stiftung <http://www.boell.de/de/2014/10/13/reform-petersburger-dialog-ueberfaellig>

Offener Brief an den Vorsitzenden des Petersburger Dialogs, Lothar de Maizière, vom 10. Oktober 2014

- Offener Brief -
Herrn
Dr. h.c. Lothar de Maizière
Vorsitzender des Vorstands
Petersburger Dialog e.V.
Schillerstraße 59
10627 Berlin

Berlin, 10. Oktober 2014

Petersburger Dialog 2014 in Sotschi

Sehr geehrter Herr de Maizière,

als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutscher zivilgesellschaftlicher Organisationen, die seit der Gründung des Petersburger Dialogs 2001 über viele Jahre hinweg an dieser Veranstaltung teilgenommen haben, möchten wir Ihnen gegenüber folgende Erklärung abgeben:

Wir haben uns entschieden, am 14. Petersburger Dialog in Sotschi nicht teilzunehmen, der für den 29.–31. Oktober angekündigt worden ist. Für diese Entscheidung, die wir sorgfältig diskutiert und abgewogen haben, möchten wir drei Gründe anführen:

1. Der Petersburger Dialog in seiner jetzigen Form steckt in einer Krise. Von Jahr zu Jahr wird er seinem eigenem Anspruch weniger gerecht. Die Veranstaltung soll dem zivilgesellschaftlichen Dialog dienen. Tatsächlich sind Struktur, Nominierungsverfahren und Programm des Petersburger Dialogs maßgeblich von Akteuren aus Staat, Politik und Wirtschaft dominiert. Unter diesen Voraussetzungen erfüllt der Petersburger Dialog leider nicht sein in seiner Satzung formuliertes Ziel, ein »offenes Diskussionsforum« zu sein, das die »Verständigung zwischen den Zivilgesellschaften beider Länder« fördert. Der Petersburger Dialog bedarf dringend einer grundlegenden Reform, wie sie auch CDU/CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag von 2013 eingefordert haben. Gerne würden wir uns aktiv an einem Prozess zur Reformierung des Petersburger Dialogs beteiligen, der auf eine pluralistische Zusammensetzung beider Lenkungsausschüsse und eine deutlich stärkere Ausrichtung auf unabhängige zivilgesellschaftliche Akteure zielt, ohne den interdisziplinären Ansatz der Veranstaltung aufzugeben.
2. Die Situation, in der sich Teile der Zivilgesellschaft in Russland befinden, erfüllt uns mit großer Sorge. Das betrifft auch Partnerorganisationen und Personen, mit denen wir seit vielen Jahren zusammenarbeiten. Diese Organisationen üben für Russland und darüber hinaus wichtige gesellschaftliche Funktionen aus. Die Behinderung ihrer Arbeit durch bürokratische Hürden, aber auch durch willkürliche rechtliche Restriktionen und politische Diffamierung sind inakzeptabel. Darüber können wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir wollen nicht zu Kronzeugen für einen vorgeblich freien Austausch werden, während zugleich die kritische Zivilgesellschaft in Russland massiv und systematisch unter Druck gesetzt wird.
3. In Teilen der Ukraine herrscht ein Kriegszustand, für den die russische Führung eine maßgebliche Verantwortung trägt. Wichtige Vertreter dieser Führung spielen eine Schlüsselrolle im Petersburger Dialog, einschließlich des früheren Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Aufsichtsratsvorsitzenden von Gazprom, Wiktor Subkow, der der Vorsitzende des russischen Lenkungsausschusses des Petersburger Dialogs ist. Vor diesem Hintergrund möchten wir nicht durch unsere Teilnahme dazu beitragen, dass eine Normalität in den deutsch-russischen Beziehungen simuliert wird, die es derzeit wegen des Angriffs auf die politische Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine nicht geben kann.

Wir waren und sind weiter sehr an einem offenen Dialog über deutsch-russische Belange in einem gesamteuropäischen Kontext interessiert und halten ihn für eine Bedingung guter Nachbarschaft und Kooperation. Ein solcher Dialog muss aber auch von beiden Seiten gewollt und ermöglicht werden. Er darf zugleich nicht zum Nachteil Dritter geführt werden. Angesichts der aktuellen Lage und der bereits bekannt gewordenen Programmvorschläge für Sotschi sehen wir auch diese Voraussetzung gefährdet.

Dessen ungeachtet werden wir jede Möglichkeit nutzen, unsere Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und anderen Akteuren in Russland zu vertiefen und dieses Potential in einen bilateralen und europäischen Dialog einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Fücks, Vorstand Heinrich Böll-Stiftung

Stefan Melle, Geschäftsführer Deutsch-Russischer Austausch e.V.

Stefanie Schiffer, Geschäftsführerin Europäischer Austausch

Tobias Münchmeyer, Stv. Leiter Politik Greenpeace e.V.

Quelle: <http://www.austausch.org/aktuelle-meldungen/newsdetail/article/1/offener-brie-1.html?no_cache=1&cHash=0428c5bffd>

Offener Brief des Vorsitzenden des Petersburger Dialogs vom 13. Oktober 2014

An
Ralf Fücks, Vorstand, Heinrich-Böll-Stiftung
Stefan Melle, Geschäftsführer, Deutsch-Russischer Austausch e.V.
Stefanie Schiffer, Geschäftsführerin, Europäischer Austausch
Tobias Münchmeyer, Stv. Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace e.V.
Berlin, 13. Oktober 2014
Ihr Schreiben vom 10. Oktober 2014
Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihren offenen Brief habe ich erhalten. Dass Sie einen Brief ähnlichen Inhalts zunächst als nicht offenen Brief an die Bundeskanzlerin sowie den Außenminister verschickt haben, verwundert mich. Sie geben damit für die zivilgesellschaftliche Organisation des Petersburger Dialogs der Politik jene besondere Betonung, die Sie für die russische Seite in Ihrem Brief besonders kritisieren.

Ihre Nichtbeteiligung am Petersburger Dialog bedaure ich. Denn es entspricht der Überzeugung der meisten Mitglieder des Vorstandes und des Lenkungsausschusses des Petersburger Dialogs, dass gerade angesichts zweifellos vorhandener Probleme für die Zivilgesellschaft, die Sie teilweise benennen, die offensive Auseinandersetzung zu solchen Themen gesucht werden muss. Indem man sich solchen Gesprächen entzieht, schadet man den Interessen der Betroffenen.

Sie schreiben, der Petersburger Dialog sei im Inneren zu reformieren, da er von Vertretern aus Staat, Politik und Wirtschaft dominiert sei. Diese Feststellung ist falsch, und Sie wissen das. Das auch in der Satzung des Petersburger Dialogs beschriebene Konzept des Dialogs beruht auf einem breiten Gedankenaustausch aller gesellschaftlichen Kräfte. Dazu gehören die Bereiche Kultur, Medien, Bildung, Wissenschaft und Kirchen genauso wie zahlreiche im Bereich der politischen sowie der sozialen Menschenrechte engagierte Einrichtungen, die in ihrer Gesamtheit das deutsch-russische Verhältnis beleben.

Sie versuchen in Ihrem Brief, den Petersburger Dialog auf das enge Feld einiger Vertreter der Zivilgesellschaft zu reduzieren, die jenseits der korporierten Zivilgesellschaft angesiedelt sind und deren Interessenspektrum nur einen Teil des gesamten zivilgesellschaftlichen Engagements abdeckt.

Ich verkenne nicht die – auch, aber nicht nur – in Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt zu Tage getretenen Probleme sowie die unterschiedlichen Folgen, die sich aus einer »gelenkten Demokratie«, die in vielem nicht westlichen Standards entspricht, ergeben. Dennoch: Gemessen an weiten Bereichen der russischen Geschichte ist die Entwicklung seit 1991 ein Fortschritt. Das daraus resultierende, wenn auch im letzten Jahr stark eingetrübte Vertrauenspotential muss für die auf vielen Ebenen notwendigen Gesprächsforen genutzt und ausgebaut werden.

Derartige Gespräche bedingen genauso Realismus wie intellektuelle Disziplin, wozu auch gehört zu verstehen, wie Russland die Probleme versteht. Dies – und nicht Gesprächsverweigerung – ist die Voraussetzung, um auf allen demokratischen gesellschaftlichen Ebenen – vom politischen Machtzentrum bis in die Randgruppen hinein – problemorientierte Gespräche führen zu können. Dabei darf keine Seite für sich in Anspruch nehmen, legitimere Interessen zu vertreten als die andere.

Das heißt: Ein Gespräch »auf Augenhöhe«, nicht von oben herab, nicht moralisch belehrend, aber mit klaren und ehrlichen Argumenten. Dabei dürfen wir nicht verschweigen, welche gesetzgeberischen, aber auch politisch-moralischen Standards wir für eine demokratische Gesellschaft im europäischen Kontext für unabdingbar halten.

Der Petersburger Dialog wurde aus guten Gründen als deutsch-russische Gemeinschaftseinrichtung konzipiert. Da ist eine – oft mühsame – Kompromissfindung unausweichlich. Dies ist Teil des Wertes, auch der Tiefe, aber auch der moralischen Qualität des Dialogs. Das Ringen um kompromissfähige Konzepte muss unser Anliegen bleiben, nicht Vorverurteilung und Gesprächsablehnung.

Mit freundlichem Gruß
Dr. h.c. Lothar de Maizière
Vorsitzender des Vorstands, Petersburger Dialog e. V.

Quelle: Website des Petersburger Dialogs <http://www.petersburger-dialog.com/offener-brief-vom-13-oktober-2014>

Offener Brief des Deutsch-russischen Sozialforums vom 20. Oktober 2014

Frau
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
Herrn
Bundesaußenminister
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Auswärtiges Amt
11013 Berlin
Zukunft des Petersburger Dialogs
Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrter Herr Bundesaußenminister,
mit großer Bestürzung entnehmen wir der deutschen Presse, dass der Petersburger Dialog in Sotschi auf Betreiben von fünf deutschen Vereinen vorläufig abgesagt wurde und seine weitere Existenz in Frage steht. Wie kann es in einer Demokratie wie in Deutschland passieren, dass sich eine kleine Minderheit ohne Mandat und Rücksprache mit den Kollegen zu Alleinvertretern der Zivilgesellschaft im deutsch-russischen Kontext erklärt und einer Veranstaltung mit mehreren hundert Teilnehmern ihre Sichtweise aufzwingt? Wie kann das offizielle Berlin sie dabei unterstützen, ohne die übrigen zivilgesellschaftlichen Akteure des Petersburger Dialogs zu Wort kommen zu lassen? Durch die vorläufige Absage des Petersburger Dialogs in Sotschi und insbesondere seine mögliche Auflösung droht eine für uns essentielle Plattform der deutsch-russischen Zusammenarbeit und ein unverzichtbares Instrument bei der Schaffung einer konstruktiven Gesprächsebene zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft und staatlichen Organen in Russland zerstört zu werden!

Wir, die Unterzeichner, sind deutsche und russische nichtstaatliche und staatliche Organisationen, die im sozialen Bereich tätig sind und die sich seit vielen Jahren im Petersburger Dialog und/oder dem auf seine Initiative hin gegründeten Sozialforum zivilgesellschaftlich engagieren. Ziel unserer Arbeit ist die Verbesserung und der Ausbau der sozialen Infrastruktur, die Unterstützung des sozialen Bürgerengagements, der Aufbau moderner gesetzlicher Rahmenbedingungen für die Sozialarbeit und nicht zuletzt die Integration aller Bürger ohne Ausnahme. Grundlage unserer Arbeit ist ein vielfältiger deutsch-russischer Fachaustausch.

Für unsere Arbeit war und ist der Petersburger Dialog in vielfacher Hinsicht eine große Hilfe. In der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft finden wir interessierte Gesprächspartner aus dem zivilgesellschaftlichen Sektor, aber auch, was sehr wichtig ist, Vertreter aus der Politik, denen wir unsere Aktivitäten und Probleme nahe bringen können. Keinem uns bekannten deutsch-russischen Gremium gelingt es, auf dieser Ebene Persönlichkeiten und Organisationen aus der Zivilgesellschaft und aus Politik und Regierung miteinander ins Gespräch zu bringen. Diese Kontakte sind lebensnotwendig für unsere Arbeit! Die Begegnungen und Diskussionen in den Arbeitsgruppen, Panels und Plena gelingen in der Breite und Vielfalt auf anderen Konferenzen nur selten. Der Dialog öffnet Türen und neue Wege der Zusammenarbeit. Hier seien die vielen Gespräche mit Vertretern bekannter und einflussreicher nichtstaatlicher Organisationen wie »Memorial«, »Agora« und »Grazhdanskoe sodejstvie« sowie die zahlreichen sozialen Aktivitäten im Rahmen deutsch-russischer Städtepartnerschaften erwähnt. Selbst russische Teilnehmer mit ausgesprochen kritischer Grundhaltung versichern uns immer wieder nachdrücklich (so auch jüngst bei einem Treffen von über 50 sozial engagierten zivilgesellschaftlichen Akteuren am 8. Oktober in der Deutschen Botschaft in Moskau), der Dialog sei bedeutsam und solle auf jeden Fall aufrecht erhalten werden, weil er immer wieder einzigartige Möglichkeiten für konstruktive Gespräche zwischen den Vertretern des offiziellen Russlands und der Bürgergesellschaft schaffe.

In Russland genießt der Petersburger Dialog, weil Deutschland das Partnerland ist, ein außerordentlich hohes politisches und gesellschaftliches Ansehen. Dies ist wohl vor allem auf die tiefe Sehnsucht nach geordneten, gerechten und menschlichen Verhältnissen »wie in Deutschland« zurückzuführen. Zur hohen Reputation des Petersburger Dialogs trägt ausschlaggebend die Mitwirkung der Regierungschefs beider Länder bei, wofür wir uns bei Ihnen, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, ganz besonders bedanken möchten! Viele Projekte und Themen, denen sich der Petersburger Dialog widmet, erhalten in Russland zusätzliches Gewicht und positive Aufmerksamkeit. Soziale NGOs,

die bei Schwierigkeiten mit russischen staatlichen Stellen darauf hinweisen können, dass sie Teilnehmer des Sozialforums im Rahmen des Petersburger Dialogs sind, stellen immer wieder fest, dass ihre Anliegen plötzlich wohlwollend geprüft werden. In der Folge entsteht oft ein konstruktiver Dialog mit Vertretern des Staates, der eine Vertrauensbasis schafft. So können mit Hilfe des hohen Ansehens des Petersburger Dialogs langfristig die Ängste staatlicher Strukturen vor einer aktiven Bürgergesellschaft abgebaut werden. Permanente Kritik und Konfrontation, wie sie von den fünf genannten Vereinen geübt werden, blockieren dagegen eine solche Entwicklung. Für soziale NGOs in Russland ist der Petersburger Dialog deshalb ein unverzichtbares Arbeitsinstrument zur Herstellung einer weiterführenden Gesprächsebene zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Ein sichtbares Beispiel dafür ist das völlig neue Standing, das zivilgesellschaftliche Einrichtungen der Behindertenarbeit im ganzen Gebiet Sverdlovsk nach dem Kongress für Behinderte mit über 500 Teilnehmern 2012 in Jekaterinburg plötzlich bei staatlichen Stellen hatten (<www.socialforum-dialog.org/Kongress_Jekaterinburg.html>).

Durch die jährlich zunehmenden massiven öffentlichen Angriffe auf den Petersburger Dialog seitens einiger selbsternannter deutscher Verteidiger eines kleinen Teils der russischen Zivilgesellschaft, die andere Stimmen nicht gelten lassen, läuft das hohe Ansehen des Petersburger Dialogs in Russland Gefahr, so stark beschädigt zu werden, dass uns dieses äußerst hilfreiche Arbeitsinstrument für den langen Prozess gesellschaftlicher Veränderungen in Russland bald nicht mehr zur Verfügung stehen könnte. Hunderte von sozialen russischen Nichtregierungsorganisationen, die ebenso wie die exponierten Menschenrechtsorganisationen im Zusammenhang mit dem Agentengesetz unter »Generalverdacht« stehen, die aber über keine aktive Lobby aus westlichen Politikern und Medien verfügen, wären unmittelbar davon betroffen.

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Bundesaußenminister, in der jetzigen Situation, in der der neue Konflikt zwischen Ost und West in vielfältiger Weise auch die Bürger beider Länder erfasst hat, wiegen unsere Argumente schwerer als je zuvor. Die Mitwirkung der Zivilgesellschaften Deutschlands und Russlands am notwendigen Friedensprozess ist unverzichtbar. Auch dafür wird der Petersburger Dialog dringend als neutrale Gesprächsplattform gebraucht. Im Namen der unzähligen russischen nichtstaatlichen Organisationen, denen an einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Russland und Westeuropa gelegen ist, möchten wir Sie bitten: Lassen Sie nicht zu, dass der Petersburger Dialog für immer zum Schweigen gezwungen oder von einer kleinen Minderheit ausschließlich zur Bühne für immer neue Anprangerungen der russischen Staatsmacht »reformiert« wird. Geben Sie uns die Chance, diese bewährte Brücke zwischen Deutschen und Russen als Bürger zu nutzen, um friedlich und paritätisch Lösungsansätze zu erarbeiten!

Mit freundlichen Grüßen

Anne Hofinga

Verantwortliche Sekretärin und Initiatorin Deutsch-Russisches Sozialforum im Rahmen des Petersburger Dialogs Vorsitzende der Vorstände Zentrum für soziale Entwicklung und Selbsthilfe »Perspektiva«, Moskau Perspektive Russland e.V. (vormals Rußlandhilfe e.V.), Frankfurt am Main

(und 29 weitere Unerschriften)

Kommentare zum Inhalt des Schreibens:

»Ich setze meine Unterschrift unter diesen Appell als Mensch, der sowohl von ganzem Herzen als auch kraft seines Amtes schon lange mit der Entwicklung der Institute der Zivilgesellschaft beschäftigt ist. Ich bin aufrichtig überzeugt davon, dass zwischen den zivilgesellschaftlichen Instituten keine Hindernisse aufgebaut werden dürfen.«

Tatjana Margolina, Perm, Bevollmächtigte für Menschenrechte des Gebietes Perm

»Die Bestrebung, den »Petersburger Dialog« zu schließen (aufzugeben) ist eine klarer Beweis für die Stärkung der Position der »Falken« auf BEIDEN Seiten der Front der aktuellen Konflikte in Europa. Der Dialog ist so notwendig wie die Luft zum Atmen – vor allem für die Gesellschaft, um die schnelle und gefährliche Wiederbelebung der Gespenster und Konfrontationen des Kalten Krieges zu verhindern.«

Dr. Ida Kuklina, Moskau, Bund der Komitees der Soldatenmütter Russlands, Alternativer Nobelpreis 1996 (Right Livelihood Foundation)

»Es kann nicht angehen, dass die Heinrich Böll Stiftung mit Herrn Fücks und Frau Beck und selbst der DeutschRussische Austausch sich in den Medien als selbsternannte Sprecher der Zivilgesellschaft präsentieren. Wir, als Stiftung West-Östliche Begegnungen, sehen uns jedenfalls durch sie nicht vertreten.«

Dr. Helmut Domke, Berlin, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung »West-Östliche Begegnungen«

»Danke, Sie tun eine große Tat, indem Sie den Frieden zwischen den Menschen und Offenheit im Austausch schützen. Feindschaft braucht jetzt niemand, insbesondere Völker, die einander in Leid und Freude so nahe sind, wie Deutschland und Russland.«

Prof. Dr. Ilja Evtushenko, Moskau, Dekan der sonderpädagogischen Fakultät der Moskauer Humanwissenschaftlichen Scholochov-Universität

»Als Initiator des im Brief erwähnten Kongresses für Menschen mit Behinderungen in 2012 möchte ich anmerken: Aufgrund der überaus guten Erfahren [sic] wird zur Zeit daran gearbeitet, 2017 in Jekaterinburg den ersten Weltkongress für Menschen mit Behinderungen zu realisieren. Dafür werden eine gute Kooperation zwischen Deutschland und Russland und damit der Petersburger Dialog und sein Sozialforum benötigt.«

Thomas Kraus, Berlin, Initiator weltweiter Kongresse für Menschen mit Behinderungen »In der Begegnung leben«

Quelle: <http://www.facebook.com/socialforum.dialog>, <http://www.socialforum-dialog.org>

Pressemitteilung

Russische und deutsche Teilnehmer des Petersburger Dialogs und des Deutsch-Russischen Sozialforums im Rahmen des Petersburger Dialogs, darunter Vertreter namhafter zivilgesellschaftlicher russischer und deutscher Organisationen, wendeten sich am letzten Montag mit einem Brief an die deutsche Bundeskanzlerin und den deutschen Außenminister, um entschieden gegen die vorläufige Absage des Petersburger Dialogs in Sotschi zu protestieren. Eine essentielle Plattform der deutsch-russischen Zusammenarbeit und ein unverzichtbares Instrument bei der Schaffung einer konstruktiven Gesprächsebene zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft und staatlichen Organen in Russland steht damit in einer Situation nicht zur Verfügung, in der nur Gespräche helfen können, die neuen Spannungen zwischen Ost und West wieder abzubauen.

Die Unterzeichner fragen, wie es in einer gestandenen Demokratie wie in Deutschland passieren konnte, dass die Boykott-Erklärung von lediglich fünf Teilnehmern, die sich ohne Mandat zu Alleinvertretern der Zivilgesellschaft im Petersburger Dialog erklärten, auf Seiten des offiziellen Berlin zu einer einseitigen Absage des Petersburger Dialogs führte, ohne dass die übrigen mehreren Hundert Teilnehmer zu Wort kommen konnten.

Viele Projekte und Themen, denen sich der Petersburger Dialog widmet, erhalten in Russland zusätzliches Gewicht und positive Aufmerksamkeit. Soziale NGOs, die bei Schwierigkeiten mit russischen staatlichen Stellen darauf hinweisen können, dass sie Teilnehmer des Sozialforums im Rahmen des Petersburger Dialogs sind, stellen immer wieder fest, dass ihre Anliegen plötzlich wohlwollend geprüft werden. In der Folge entsteht oft ein konstruktiver Dialog mit Vertretern des Staates, der eine Vertrauensbasis schafft. So können mit Hilfe des hohen Ansehens des Petersburger Dialogs langfristig die Ängste staatlicher Strukturen vor einer aktiven Bürgergesellschaft abgebaut werden.

Durch die jährlich zunehmenden massiven öffentlichen Angriffe auf den Petersburger Dialog seitens einiger selbsternannter deutscher Verteidiger eines kleinen Teils der russischen Zivilgesellschaft, die andere Stimmen nicht gelten lassen, läuft das hohe Ansehen des Petersburger Dialogs in Russland Gefahr, so stark beschädigt zu werden, dass dieses äußerst hilfreiche Arbeitsinstrument für den langen Prozess gesellschaftlicher Veränderungen in Russland bald nicht mehr zur Verfügung stehen könnte. Hunderte von sozialen russischen Nichtregierungsorganisationen, die ebenso wie die exponierten Menschenrechtsorganisationen im Zusammenhang mit dem Agentengesetz unter »Generalverdacht« stehen, wären unmittelbar davon betroffen.

Der neue Konflikt zwischen Ost und West hat in vielfältiger Weise auch die Bürger beider Länder erfasst. Die Mitwirkung der Zivilgesellschaften Deutschlands und Russlands am notwendigen Friedensprozess ist unverzichtbar. Auch dafür wird der Petersburger Dialog dringend als neutrale Gesprächsplattform gebraucht, um friedlich und paritätisch Lösungsansätze zu erarbeiten.

Anlage: Brief an die Bundeskanzlerin und den Bundesaußenminister

Weitere Hintergrundinformationen: <www.facebook.com/A.Hofinga>

Moskau, den 23. Oktober 2014

Anne Hofinga

Quelle: <http://www.facebook.com/socialforum.dialog>, <http://www.socialforum-dialog.org>

CHRONIK

9. – 23. Oktober 2014

09.10.2014	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland zur Zahlung von 1,2 Mio. € an russische Bürger, deren Verwandte in Tschetschenien verschwunden sind. Russland habe das Recht auf Leben, das Verbot der Folter, das Recht auf Freiheit und persönliche Unversehrtheit und das Recht auf einen effektiven Rechtsschutz verletzt, heißt es in dem Urteil.
09.10.2014	Die russische Zentralbank gibt aus Anlass der Eingliederung der Krim und Sewastopols in die Russische Föderation Gedenkmünzen in den Umlauf.
09.10.2014	Sergej Menjajlo wird von der Gesetzgebenden Versammlung der Stadt Sewastopol (Krim) zum Gouverneur der Stadt gewählt.
10.10.2014	In der Republik Tywa wird ein Hubschrauber vom Typ Mi-8 mit 12 Personen an Bord vermisst. Nach einem Tag ergebnisloser Suche wird in der Republik am Abend der Notstand ausgerufen.
10.10.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt Dmitrij Ischewskij wegen des Widerstands gegen Polizeibeamte und der Teilnahme an Massenunruhen auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz am 6. Mai 2012 zu drei Jahren und zwei Monaten Lagerhaft.
10.10.2014	Der Föderale Dienst für die Medienaufsicht »Roskomnadsor« verwarnt die Zeitung »Nowaja Gaseta«. Die Journalistin Julija Latynina habe in Ihrem Beitrag »Wenn wir nicht der Westen sind, wer sind wir?« Äußerungen getan, die unter das Extremismus-Gesetz fallen. Roskomnadsor kann nach zwei Verwarnungen in einem Jahr bei Gericht den Entzug der Zeitungslizenz beantragen.
10.10.2014	Das russische Justizministerium beantragt beim Obersten Gericht die Schließung der »Russischen Gesellschaft für historische Aufklärung, soziale Fürsorge und Menschenrechte MEMORIAL«. Es handelt sich um den Dachverband verschiedener Memorial-Organisationen, die in verschiedenen russischen Regionen tätig sind und sich mit Menschenrechtsarbeit, sozialer Fürsorge und historischer Aufklärung befassen. Anfänglich war gemeldet worden, das Menschenrechtszentrum »Memorial« werde geschlossen. Das trifft nicht zu.
10.10.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in Minsk (Belarus) ein einem Treffen der Staatschefs der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) teil. Im Zentrum stehen die wirtschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit sowie die Kooperation von Polizei und Justiz. Putin ruft erneut dazu auf, Freihandelsabkommen einzelner GUS-Staaten mit westlichen Staaten mit dem Freihandelsvertrag der GUS zu harmonisieren. Die Ukraine entsendet keinen Vertreter zu dem Treffen.
10.10.2014	Präsident Putin nimmt in Minsk an einem Treffen der Staatschefs des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates teil, anwesend sind auch die Präsidenten von Kasachstan, Belorus, Armenien und Kirgistan. Dabei werden der Beitritt Armeniens zur Eurasischen Wirtschaftsunion und ein Fahrplan zum Beitritt Kirgisiens verabschiedet.
11.10.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Verordnung zur Schaffung der Staatlichen Universität Sewastopol (Krim). Zu diesem Zweck werden sieben bestehende Bildungseinrichtungen zusammengelegt.
11.10.2014	Auf einer außerplanmäßigen Sitzung des Sicherheitsrates Russlands werden der Kampf gegen den »Islamischen Staat«, die Ausbreitung des Ebola-Virus sowie die Situation in der Ukraine und die Beziehungen zu den USA thematisiert.
11.10.2014	Präsident Wladimir Putin weist Verteidigungsminister Sergej Schojgu an, 17.600 Soldaten, die seit mehreren Monaten im Gebiet Rostow unweit der ukrainischen Grenze Übungen abgehalten haben, in ihre Standorte zurückzurufen.
13.10.2014	Das russisch-deutsche Forum »Petersburger Dialog« teilt mit, dass das für Oktober in Sotschi geplante Treffen bis auf Weiteres verschoben wird.
13.10.2014	Der Föderale Dienst für den Verbraucherschutz (Rospotrebnadsor) verhängt einen vollständigen Einfuhrstopp auf Käseprodukte aus der Ukraine.
14.10.2014	Sitzung des Rates zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte beim Präsidenten in Anwesenheit von Präsident Wladimir Putin. Hauptthema ist die Frage der Menschenrechte in der Ukraine. Putin wirft internationalen Menschenrechtsorganisationen vor, die ukrainischen Rechtsverletzungen in der Ostukraine zu ignorieren. Weitere Themen sind die Umsetzung des nationalen Plans zur Korruptionsbekämpfung sowie die Ergebnisse des einheitlichen Wahltages.
14.10.2014	Präsident Putin hält im Rahmen der Feierlichkeiten zum 70. Geburtstag des Moskauer staatlichen Instituts für internationale Beziehungen (MGIMO) eine Rede. Das MGIMO sei umso wichtiger in einer Zeit, in der sich die alten Gegensätze verschärfen und neue Krisen provoziert würden, erklärt Putin.

14.10.2014	Präsident Putin bespricht in einem Telefonat mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko Maßnahmen zur Beilegung des Konfliktes in der Ostukraine. Beide Seiten wollen den Dialog zur Regulierung des Gaskonfliktes fortsetzen.
15.10.2014	Der Rubelkurs gibt weiter nach. Der Dollarkurs erreicht ein historisches Maximum von 41 Rubel pro Dollar. Auch der Euro erreicht einen Höchstwert von 52 Rubel pro Euro. Der Ölpreis der Marke Brent fällt derweil auf 85 US-$ pro Barrel.
15.10.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an einem Forum der »Allrussischen Volksfront« zu »Qualitativer Bildung im Namen des Landes« teil. Anlass ist der 200. Geburtstag des Schriftstellers Michail Lermontow.
16.10.2014	Sicherheitskräfte töten bei einer Spezialoperation in Derbent (Dagestan) drei Untergrundkämpfer.
16.10.2014	Präsident Wladimir Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Serbien ein und wird von Staatspräsident Tomislav Nikolić empfangen. Im Rahmen eines Gespräches mit Premierminister Aleksandar Vučić werden mehrere Abkommen unterzeichnet, unter anderem zur militärtechnischen Zusammenarbeit. Am Abend hält Putin eine Ansprache bei einer Militärparade zum 70. Jahrestag der Befreiung Belgrads von der nationalsozialistischen Besatzung.
16.10.2014	Präsident Putin trifft am Abend zum 10. »Asien-Europa«-Forum in Mailand ein. Nach einem Gespräch mit dem italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano bespricht er mit Bundeskanzlerin Angela Merkel die Situation in der Ukraine, die Umsetzung der Minsker Vereinbarung zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine und den Gasstreit mit der Ukraine. Nach den offiziellen Treffen kommt Putin mit Silvio Berlusconi zusammen.
17.10.2014	Präsident Wladimir Putin trifft im Rahmen des »Asien-Europa« Forums in Mailand mit Angela Merkel, Francois Hollande und Petro Poroschenko zusammen. Im Zentrum des Gesprächs steht die Regulierung des Konflikts in der Ukraine und des Gasstreits. Dabei wird ein beschleunigter Gefangenenaustausch vereinbart. Bei einem Gespräch zwischen Putin und Poroschenko wird eine Einigung über den Gaspreis für die Winterperiode erreicht. Die Ukraine bezieht demnach Erdgas für 385 US-$ pro 1000 Kubikmeter gegen Vorkasse. Zuvor müssen jedoch die ausstehenden Gasschulden beglichen werden.
18.10.2014	In Budjonnowsk (Region Stawropol) wird die 73 jährige Ljudmila Bogatenkowa, Vorsitzende einer Sektion der »Soldatenmütter«, wegen Betrugsvorwurfs festgenommen und in Untersuchungshaft genommen. Bogatenkowa hatten den Tod russischer Soldaten im Gebiet Rostow im Juli und August untersucht und dem Rat zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte beim Präsidenten darüber berichtet.
18.10.2014	In Grosnyj (Republik Tschetschenien) wird der mutmaßliche Organisator des Anschlags vom 5. Oktober bei einem Festnahmeversuch erschossen.
18.10.2014	Die Moskauer Polizei führt Razzien zu Verstößen gegen die Migrationsvorschriften durch. Dabei werden mehr als 450 »illegale Migranten« festegenommen.
18.10.2014	Bei dem Versuch einer Fahrzeugkontrolle in Naltschik (Republik Kabardino-Balkarien) kommt es zu einem Feuergefecht. Ein Verdächtiger und ein Polizist werden getötet. Ein weiterer Polizist wird verletzt.
20.10.2014	Ljudmila Bogatenkowa, Vorsitzende einer Regionalsektion der »Soldatenmütter« im Gebiet Stawropol, wird unter Hausarrest gestellt.
20.10.2014	Jelena Panfilowa, Vorsitzende der russischen Sektion von »Transparency International«, wird zur Vizepräsidentin der internationalen Organisation gewählt.
20.–21.10.2014	Auf dem Moskauer Flughafen Wnukowo kollidiert der Firmenjet des französischen Ölkonzerns »Total« mit einem Schneepflug. Konzernchef Christophe de Margerie sowie drei Crewmitglieder kommen bei dem Unglück ums Leben. Präsident Wladimir Putin bekundet in einem Telegramm an den französischen Präsidenten Francois Hollande sein Beileid.
21.10.2014	Der Föderale Dienst für Veterinär- und Phytosanitäraufsicht (Rosselchosnadsor) verhängt ein Einfuhr- und Transitverbot für sämtliche Obst- und Gemüseprodukte aus der Ukraine. Russland befürchtet einen illegalen Re-Import landwirtschaftlicher Güter aus der EU, die mit russischen Sanktionen belegt wurden.
21.10.2014	Präsident Wladimir Putin erörtert in einem Telefonat mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko Fragen der Zusammenarbeit im Gassektor und des Friedensprozesses in der Ostukraine.
22.10.2014	Der Föderale Dienst für Veterinär- und Phytosanitäraufsicht (Rosselchosnadsor) verhängt ein Einfuhrstopp für sämtliche Fleischprodukte aus Moldawien, der ab dem 27. Oktober gelten soll.

22.10.2014	Das russische Energieministerium genehmigt Anträge der Energiekonzerne »Rosneft« und »Nowatek«, die um Unterstützung aus dem Nationalen Wohlstandsfond nachgesucht hatten. Die Anträge von »Rosneft« über mehr als 2 Billionen Rubel (ca. 38 Mrd. €) und von »Nowatek« über 100 Mrd. Rubel (ca. 2 Mrd. €) müssen nun vom Wirtschaftsministerium genehmigt werden. Es ist vorgesehen, dass Unternehmen, die auf Grund der westlichen Sanktionen keine Gelder auf den internationalen Kapitalmärkten erhalten, vom Staat unterstützt werden. Auch »Lukoil« und »Gazprom Neft« planen, über den Nationalen Wohlstandsfond Mittel zu beantragen.
22.10.2014	Die russische Regierung weist der Krim 15 Mrd. Rubel (ca. 286 Mio. €) zu, um den Haushalt 2015 auszugleichen.
22.10.2014	In Sotschi wird der 11. internationale Diskussionsclub »Waldaj« eröffnet. Im Zentrum des dreitägigen Expertenforums steht die multipolare Welt und die Rolle Russlands dort sowie die Regulierung internationaler Konflikte und die Situation in der Ukraine. Analysiert werden sollen Faktoren der Erosion bestehender Institutionen und des internationalen Rechts. Präsident Putins nimmt am Abschlussplenum teil.
23.10.2014	Die russische Regierung gewährt 2014 vier Unternehmen des Militärisch-Industriellen Komplexes staatliche Kreditbürgschaften in Höhe von insgesamt 8,85 Mrd. Rubel (ca. 170 Mio. €).
23.10.2014	Der Generaldirektor des Moskauer Flughafens Wnukowo Andrej Djakow und sein Stellvertreter Sergej Solnzew treten zurück und reagieren damit auf das Flugzeugunglück am 20. Oktober, bei dem der Konzernchef des Ölkonzerns »Total«,Christophe de Margerie, ums Leben kam. Der Fahrer des Schneepflugs, mit dem das Flugzeug kollidiert war, wird von einem Moskauer Bezirksgericht bis zum 21. Dezember in Untersuchungshaft gesetzt.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Die Russland-Analysen werden von der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung

MANGOLD Consulting

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder
Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann
Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.
ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/russland/

LESEHINWEIS

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste
Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter
<https://twitter.com/laenderanalysen>